68. Donnerstag den 21. März 1861. 68.

Posener Zeitung.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen $1\frac{1}{2}$ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. $24\frac{1}{2}$ Sgr.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Inserate ($1\frac{1}{4}$ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnißmäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis **10 Uhr** Vormittags angenommen.

Zur gef. Notiznahme.

Der Schnellzug von Berlin hat heute früh den Anschluß in Kreuz aus bis jetzt unbekannter Ursache nicht erreicht. Es sind uns daher sämmtliche Korrespondenzen und Zeitungen aus dem Westen erst gegen Mittag zugegangen und wir können nur das Nothwendigste daraus noch heute mittheilen.

Die Redaktion.

Amtliches.

Berlin, 21. März. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: den Stadtgerichts-Rath von Herford hierselbst zum Kammergerichts-Rath zu ernennen; so wie dem Kreisgerichts-Sekretär und Deposital-Kassen-Rendanten Müller in Driesen bei seiner Versetzung in den Ruhestand den Charakter als Kanzlei-Rath zu verleihen; und von den Seitens des Magistrats zu Stralsund präsentirten drei Kandidaten den Kreisgerichts-Direktor Wilhelm Friedrich Denhard daselbst zum Bürgermeister der Stadt Stralsund zu ernennen.

Der Kaufmann H. W. Plaw in Memel ist an Stelle des auf sein Gesuch entlassenen bisherigen französischen Vize-Konsuls Gubba zum französischen Vize-Konsul daselbst ernannt und in dieser Eigenschaft diesseits anerkannt worden.

Der Rechtsanwalt und Notar Fehmer zu Heiligenstadt ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht in Quedlinburg, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Aschersleben, versetzt worden.

Angekommen: Se. Durchlaucht der Prinz Wilhelm zu Solms-Braunfels, von Düsseldorf, Se. Exzellenz der Generallieutenant und Kommandeur der 14. Division, Graf von Monts, von Düsseldorf.

Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 3. Klasse 123. Königl. Klassen-Lotterie fiel der Hauptgewinn von 15,000 Thlr. auf Nr. 3522; 1 Gewinn von 5000 Thlr. auf Nr. 64,162; 1 Gewinn von 1000 Thlr. auf Nr. 25,218; 3 Gewinne zu 600 Thlr. fielen auf Nr. 7185. 29,505. und 44,594; 2 Gewinne zu 300 Thlr. auf Nr. 17,216 und 61,371, und 10 Gewinne zu 100 Thlr. auf Nr. 5878. 9625. 16,611. 27,018. 30,408. 37,307. 60,508. 65,899. 66,432 und 84,798.

Berlin, den 20. März 1861.

Königliche General-Lotterie-Direktion.

Telegramme der Posener Zeitung.

Dresden, Mittwoch 20. März. Das heutige „Dr. Journal" meldet, daß der Ausschuß der Abgeordnetenkammer in Betreff der kurhessischen Frage einstimmig beantragt: Verwahrung einzulegen gegen die Berechtigung des Bundestages, eine in anerkannter Wirksamkeit bestehende Verfassung eines Bundesstaates außer Wirksamkeit zu setzen. Vier Mitglieder des Ausschusses beantragen weiter: Die Mitwirkung zur Herstellung des verletzten Rechtszustandes in Kurhessen unter Festhaltung der Rechtsbeständigkeit der Verfassung vom Jahre 1831, während andere vier Mitglieder nur die Mitwirkung auf Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände in Kurhessen beantragen.

Paris, Mittwoch 20. März, Abends. Die heutige „Patrie" dementirt das Gerücht, daß das Kommando des General Goyon in Rom anderweitig besetzt werden würde.

Turin, Mittwoch 20. März. Sicherem Vernehmen nach hat der König die Dimission aller Minister angenommen, und wird den Grafen Cavour mit der Bildung eines neuen Ministeriums, dessen Mitglieder aus ganz Italien entnommen sind, beauftragen.

(Eingeg. 21. März 12 Uhr Vormittags.)

Petersburg, Donnerstag 21. März. Das heutige „Journal de St. Petersbourg" erklärt die Gerüchte, welche einige Zeitungen auszustreuen versucht, daß Seitens mehrerer auswärtiger Kabinette der russischen Regierung Rathschläge in Betreff der Warschauer Unruhen gemacht worden seien, für unwahr. — Die „Börsenzeitung" meldet, daß das bisherige Verbot, Kreditbillette und Tresorscheine von Rußland aus-, oder dorthin einzuführen, aufgehoben sei. — Nach den aus den Provinzen auf telegraphischem Wege eingegangenen Nachrichten ist das kaiserliche Manifest wegen der Bauernbefreiung überall mit dem größten Jubel aufgenommen worden.

(Eingeg. 21. März 11 Uhr 15 Minuten Vormittags.)

Posen, 21. März.

Die Reform unseres Eherechts ist abermals an dem hartnäckigen Widerstande des Herrenhauses gescheitert. Gern wollen wir die Auffassung gelten lassen, daß eine aus den konservativsten Elementen des Landes gebildete Versammlung sich berufen erachte, an den Ueberlieferungen der Vergangenheit mit einer gewissen Zähigkeit festzuhalten und einer etwaigen allzu ungestümen Neuerungssucht des augenblicklich herrschenden Zeitgeistes die Stirn zu bieten. Aber im vorliegenden Falle dürfte es dem hohen Hause schwer werden, einen solchen Beruf berechtigter Abwehr nachzuweisen. Nicht um ein gewagtes Experiment handelt es sich; denn das Institut der Zivilehe besteht ohne irgend ersichtlichen Nachtheil nicht allein in Frankreich und denjenigen Ländern, welche, wie die westlichen Provinzen unseres eigenen Staates das System der französischen Gesetzgebung angenommen haben, sondern auch in Holland und England, wo die Vorliebe für althergebrachte Sitten und für kirchliche Formen niemals den Geist voreiliger Neuerungssucht aufkommen ließ. Auch von einer augenblicklichen Laune der öffentlichen Meinung kann nicht die Rede sein; denn schon unser Staatsgrundgesetz, dessen Entwurf aus der Machtvollkommenheit eines den Ueberlieferungen des Staates und der Kirche treu ergebenen Königs hervorging und dessen einzelne Bestimmungen einer strengen, von konservativen Grundsätzen geleiteten Revision unterzogen wurden, enthält im Artikel 19 die Verheißung, daß die Einführung der Zivilehe, nach Maaßgabe eines besonderen Gesetzes, erfolgen soll, welches auch die Führung der Zivilstandsregister zu regeln hat. Die Erfüllung dieses Versprechens war in dem Gesetzentwurf angestrebt, welcher dem Herrenhause zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme vorlag, und die Besorgniß vor Ueberstürzung hat sicherlich keine Berechtigung in einem Falle, wo eine sonnenklare Anordnung der Verfassung seit eilf Jahren, Anfangs durch die Unentschlossenheit der Regierung, jetzt durch das Widerstreben des Herrenhauses ein todter Buchstabe geblieben ist.

Indessen, wir brauchen uns eben nicht bloß auf den Buchstaben der Verfassung zu berufen, dessen verpflichtende Kraft unser Herrenhaus theils offen leugnet, theils hinterrücks wegzudeuteln sucht. Es liegen bestimmte, unabweisbare Bedürfnisse vor, welche eine Reform der bestehenden Ehegesetzgebung dringend verlangen. Der Staat spricht nach seinem Recht in den geeigneten Fällen die Ehescheidung aus, und indem er damit alle Folgen des geschlossenen Ehebundes aufhebt, hat er den geschiedenen Ehegatten auch die Befugniß ertheilt, zu einer neuen Ehe zu schreiten. Wie aber, wenn die geistlichen Behörden aus kirchlichen Skrupeln und ohne Rücksicht auf das Staatsgesetz die Trauung versagen und somit die Eheschließung überhaupt unmöglich machen? Wie, wenn das gleiche Hinderniß sich zwischen Personen stellt, welche, obgleich verschiedenen Glaubensgenossenschaften angehörend, zu einem Ehebunde zusammentreten wollen? Kein Gesetz des Staates, kein Gebot der Religion läßt sich gegen eine solche Ehe anführen und dennoch liegt es in dem Ermessen der Geistlichkeit, sie zu hindern. Hier muß der Staat einschreiten, wenn er nicht aus zaghafter Unterwerfung unter kirchliche Willkür Unzucht oder Gewissenszwang fördern will; denn wahrlich nichts Anderes als Gewissenszwang ist es, wenn die Personen, welchen die kirchliche Trauung versagt wird, aus der Landeskirche ausscheiden müssen, um auf die bis jetzt nur den Dissidenten zugängliche Wohlthat der Zivilehe Anspruch zu haben.

Das System der fakultativen Zivilehe, welche eben nur die unwürdigen Formen der Nothzivilehe überflüssig macht, sollte den hier angedeuteten Mißständen abhelfen. Aber wir dürfen es nicht verhehlen, daß damit der Staat noch nicht zu seinem vollen Rechte kommt. Die Ehe ist wesentlich ein bürgerliches Institut, und ist von der Kirche lange Zeit als solches anerkannt worden, wie auch Luther sie ein weltlich Ding nennt. Auf diesem Gebiete, welches die Grundsäulen der bürgerlichen Gesellschaft trägt, kann der Staat, bei aller Achtung für die Kirche, keine fremde Einmischung irgend einer Art dulden. Wenn die Verfassung die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, sowie der Vereinigung zu Religionsgesellschaften gewährleistet und außerdem bestimmt, daß jede Religionsgesellschaft ihre Angelegenheiten selbständig ordnet und verwaltet, so muß der Staat andererseits für sich das Recht in Anspruch nehmen, seine eigenen Angelegenheiten nach bürgerlichen Grundsätzen zu regeln. Er will die Diener der Kirche nicht zwingen, solche Ehen einzusegnen, die ihrer Strenggläubigkeit Bedenken machen; aber er darf sich auch nicht zum Diener priesterlichen Zornes hergeben, indem er die vom kirchlichen Altar Gewiesenen überhaupt nicht zur Eheschließung zuläßt, oder sie aus der Genossenschaft der Landeskirche herausdrängt. Nach dieser Praxis bleibt die Gewissensfreiheit nur ein Vorrecht der geistlichen Behörden und die große Masse der Staatsbürger seufzt unter einem Drucke, wenig unterschieden von dem Systeme, welches früher den Besuch der Messe und des Beichtstuhls erzwang. Die Regierung hat nur ihre Pflicht erfüllt, indem sie eine Abstellung der dringendsten Mißstände versuchte; aber die Mitglieder der Herrenhaus-Mehrheit haben bewiesen, daß sie besser auf einem geistlichen Konzile ihren Platz finden würden, als in einer Versammlung, welche zur Herstellung eines Rechts- und Vernunftsstaates mitwirken soll.

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 20. März. [Stellung der Mächte zum Königreich Italien; keine Botschaft an das Herrenhaus; Hofchargen.] Nachdem die syrische Frage wieder bis auf Weiteres zu den Akten gelegt worden, beschäftigt sich die Diplomatie vorzugsweise mit der Stellung, welche die europäischen Mächte dem neuen „Königreich Italien" gegenüber einnehmen werden. Auch die „Opinione", das vertraute Organ des Turiner Kabinets, spricht sich bereits ausführlich über die Sache aus. Das Blatt erklärt, daß man nicht bei allen Höfen auf die gleiche Willfährigkeit zur Anerkennung des neugeschaffenen Königreichs zählen könne. Da König Victor Emanuel es aber als eine Mißachtung Italiens betrachten müßte, wenn nach erfolgter Notifikation die Anerkennung versagt würde, so sei es gerathen, auf die Wünsche und das Verhalten jeder einzelnen Macht Rücksicht zu nehmen. Man solle daher die Notifikation nur an diejenigen Kabinette ergehen lassen, deren Zustimmung gewiß sei. Die übrigen Regierungen, die noch in Rückstand blieben, würden dann dem gegebenen Beispiele allmälig folgen. Dieses Programm ist allerdings geeignet, augenblicklichen diplomatischen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen. Bis jetzt hat nur England sich unzweideutig bereit erklärt, das Königreich Italien ohne Weiteres als ein neues Glied der europäischen Staaten-Familie anzuerkennen. Frankreich hält mit seinen Absichten noch hinter dem Berge. Noch immer bringt das Tuilerienkabinet den Gedanken eines europäischen Kongresses und das Projekt eines italienischen Staatenbundes auf das Tapet; doch glaubt man nicht, daß es damit ernstlich gemeint ist. Vielmehr deuten mancherlei Anzeichen darauf hin, daß Napoleon III. schon mit Victor Emanuel über die Bedingungen einig ist, unter denen Frankreich bei dem einheitlichen Italien Gevatter stehen wird. Natürlich ist die Anerkennung von Seiten Oestreichs gar nicht, und die von Seiten Rußlands nicht allzubald zu gewärtigen, da beide Mächte schon jetzt keinen diplomatischen Verkehr mit dem Turiner Hofe unterhalten. Wie verlautet, wird Preußen, wenn es eben nicht durch eine amtliche Notifikation zu einer Entscheidung gedrängt wird, in einer zuerwartenden Stellung verharren, welche einstweilen die Umwälzung in Italien ignorirt, bis deren Einfluß auf die allgemeine Situation sich deutlicher darstellt. — Das Gerücht, daß der König in Betreff des Ehegesetzes eine Botschaft an das Herrenhaus richten werde, findet in unterrichteten Kreisen keinen Glauben. Da die Regierung stets die verschiedenen Theile der betreffenden Vorlage als ein untrennbares Ganze bezeichnet hat, so wird sie wahrscheinlich die Sache für jetzt fallen lassen, um sie in nächster Session mit gesicherter Aussicht auf Erfolg aufzunehmen. — Man erwartet mit Bestimmtheit, daß die Ernennung des Hausministers und die Besetzung der obersten Hofchargen nach Ablauf der Hoftrauer erfolgen werde. Für den ersteren Posten soll, wie ich vielfach höre, Graf Dönhoff, der Oberhofmeister J. M. der verwittweten Königin, zur Zeit die meiste Anwartschaft haben.

— [Die Expedition in Japan.] Ein Schreiben der „Sp. Z." von der Rhede von Yeddo, 3. Januar, bestätigt den erfolgten Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Preußen und Japan. Wir entnehmen demselben Folgendes: „In den ersten drei Monaten glaubten wir, daß überhaupt nichts aus dem Vertrage würde, und ich bin auch überzeugt, nur die feste Beharrlichkeit unseres Gesandten, der den Japanesen erklärt haben soll, nur nach Abschluß eines Vertrages Yeddo verlassen zu wollen, hat es allein bewirkt, daß der letztere endlich zu Stande gekommen ist. Man erzählt sich hier, daß hauptsächlich die Amerikaner durch ihre Intriguen an der Verzögerung Schuld seien, und nach dem, wie sich Offiziere und Mannschaft der Fregatte „Niagara" hier gegen uns benommen, kann es kaum zweifelhaft sein, daß man unsere Anwesenheit in Japan in Amerika mit sehr mißgünstigen Augen betrachtet. Wie bereits in China die Amerikaner von den Deutschen allmälig verdrängt werden, fürchten sie dasselbe wahrscheinlich für Japan und legen uns deshalb alle möglichen Hindernisse in den Weg. Nun, wir haben trotz aller Intriguen reüssirt; gestern ist der Traktat abgeschlossen und unser Aufenthalt in Japan nähert sich seinem Ende. Die „Thetis" segelt bereits am 7. nach Nagasaki, die „Arcona", mit der Gesandtschaft, wird gegen den 15. eben dorthin gehen, die „Elbe" aber zur selben Zeit nach Shanghai segeln, um die beiden anderen Schiffe, deren Aufenthalt in Nagasaki nur kurze Zeit dauern wird, dort zu erwarten. Vorgestern Abend wurden wir, sowie alle übrigen Europäer in eine lebhafte Unruhe und Aufregung versetzt. Gegen 9 Uhr erschienen nämlich ganz unerwartet die Gouverneure von Yeddo, in Acalani, im preußischen Gesandtschaftshotel, und machten dem Grafen Eulenburg sehr bestürzt die Anzeige, daß die japanische Regierung so eben einer Verschwörung auf die Spur gekommen sei, deren Zweck auf nichts Geringeres, als die Vertilgung sämmtlicher Europäer mit Feuer und Schwert abziele. Die Verschworenen seien 500 vom japanesischen Fürsten Mito entlassene Jakonins (eine Art Leibwache), die sich verkleidet nach Yeddo geschlichen, um dort das Volk zur Ermordung sämmtlicher Europäer aufzufordern, angeblich unter dem Vorwande, daß Letztere die Lebensmittel vertheuerten, in Wirklichkeit aber, um durch diesen Akt der kaiserlichen Regierung Verlegenheiten zu bereiten und sie zu stürzen. Die Gouverneure baten deshalb den Gesandten, sich in ein festes Schloß zurückzuziehen, bis die Krisis vorüber sei. Graf Eulenburg lehnte dies Anerbieten jedoch ab, indem er die zuversichtliche Hoffnung aussprach, daß die japanische Regierung, nachdem sie das Komplott entdeckt, auch stark genug sein werde, die Ausführung des blutigen Vorhabens zu hindern. Aehnliche Antworten sollen die Gouverneure bei den übrigen Gesandtschaften empfangen haben, wobei ihnen zugleich die Hülfe der anwesenden Kriegsschiffe angeboten wurde, die nicht unbedeutend ist, da außer den drei preußischen Schiffen bei Yeddo und dem zwei Meilen weit entfernten Hafen Yokahama, vier englische, zwei französische und ein holländisches Kriegsschiff liegen. Dies Anerbieten wurde indessen von der Regierung abgelehnt, die, von der Wahrheit der Eulenburg'schen Antwort getroffen, sich wohl ihrer gezeigten Schwäche schämen mochte und alle möglichen Anstalten zur Unterdrückung der beabsichtigten Revolution traf. In jedes Gesandtschaftshotel wurden 100 zuverlässige Jakonins gelegt, die Polizei bot Alles auf, um der Verschwörer habhaft zu werden, und auch auf den Schiffen wurden alle Maaßregeln getroffen, um bei der geringsten Gefahr zum Schutze ihrer Angehörigen einzuschreiten. Indessen ist bis jetzt Alles ruhig geblieben, und entweder scheinen die Verschwörer abgeschreckt, oder auch verhaftet und wahrscheinlich schon exekutirt zu sein, da dies letztere in Japan zwar ohne Aufsehen, aber desto schneller abgemacht wird. Jedenfalls hat sich die Aufregung bedeutend gelegt, und die öffentliche Meinung spricht sich dahin aus, daß für jetzt nichts mehr zu fürchten sei; indessen zeigt dieser Vorgang deutlich genug, auf wie schwachen Füßen die Regierung des Kaisers, die man gewöhnlich so stark wähnt, steht."

— [Einnahmen des Zollvereins in 1860.] Nach dem „Handels-Archiv" betrugen die Brutto-Einnahmen des Zollvereins im Jahre 1860:

		1860	1859
an Eingangszöllen	Thlr.	23,484,872	23,105,797.
an Aus- und Durchgangsabgaben .		499,397	651,746.
zusammen	Thlr.	23,984,269	23,757,543.

Bei den Eingangsabgaben fand daher eine Mehreinnahme von 379,075, bei den Aus- und Durchgangsabgaben eine Mindereinnahme von 152,349 Thlr., im Ganzen eine Mehreinnahme von 226,726 Thlr. statt. Da das Jahr 1859 ein Kriegsjahr war, so ist diese Zunahme als eine äußerst geringe zu betrachten und zeigt deutlich, wie sehr der Stillstand des Verkehrs auch das vorige Jahr hindurch fortdauerte. Nach Abzug der Erhebungskosten ꝛc. betrugen die Eingangsabgaben Netto 20,438,184 Thlr., wovon auf Preußen 10,426,204 Thlr. fallen, so daß es 1,813,698 Thlr. herauszuzahlen hat. Auf Bayern fallen 2,660,942 Thlr., auf Württemberg 913,623 Thlr., auf Hannover 2,113,509 Thlr., auf Sachsen 1,221,937 Thlr. An Aus- und Durchgangsabgaben bleiben im östlichen Verbande 422,212 Thlr. zur Vertheilung, wovon auf Preußen ein Präzipium von 117,975 Thlr. und ein Antheil von 160,453 Thlr. fällt. Im westlichen Verbande, wo 195,160 Thlr. zur Vertheilung kommen, fallen auf Preußen 50,883 Thlr.

Oestreich. Wien. 19. März. [Wahlrede J. Kuranda's.] In der Rede, mit welcher der Redakteur der „Ostdeutschen Post", Ignaz Kuranda, sich den Wählern der innern Stadt Wien als Landtagskandidat präsentirte, bemerkt derselbe über die Hauptfragen, welche die neue Reichsvertretung beschäftigen dürften:

Vier große Fragen werden den künftigen Reichsrath bewegen: Zwei werden öffentlich verhandelt werden, zwei andere werden minder öffentlich, vielleicht auf dem Wege der Intrigue sich durch die Verhandlungen hinziehen. Die ersten zwei Fragen sind die Finanzfrage und die Frage: Einheit des Staates. Neben diesen beiden Hauptaufgaben werden sich unter verschiedenen Formen und Einkleidungen zwei andere Fragen und Tendenzen gruppiren: die Bestrebungen der

Nationalitäten in ihren verschiedenartigen Richtungen und die ständischen Bestrebungen nach einem bestimmten einheitlichen Ziel. Meine Herren, ich kenne die Genesis und die Entstehungsgeschichte unserer Verfassung nicht, sie ist geheimnißvoll. Aber das ist nicht zu verkennen, daß Zugeständnisse stattgefunden haben an die ständischen Parteien, und daß der Geist des Goluchowski'schen Systems theilweise maskirt sich einzuschleichen gewußt hat; Manches, was zur Thür hinausgedrängt wurde, ist zum Fenster wieder hereingekommen. Sie kennen die Zusammensetzung dieses Reichsrathes, dieses Landtages, Sie wissen, unter wie vielen und mannichfachen Titeln die wirklichen und die sogenannten Großgrundbesitzer Stellung und Einfluß darin erhalten haben. Das ist gegenwärtig nicht mehr zu ändern. Die Verfassung hat ihnen einmal das Recht eingeräumt, und wir müssen an der Verfassung halten, wenn wir verlangen, daß sie uns gehalten werde. Abänderungen lassen sich bloß auf verfassungsmäßigem Wege durchsetzen. Aber geben Sie Acht, daß bei der gegenwärtigen Zusammensetzung der Landes- und Reichsvertretung nicht Aenderungsvorschläge zu unserm Nachtheile sich eindrängen; sorgen Sie dafür, daß das Rechtsgebiet, welches dem Großgrundbesitz eingeräumt wurde, sich nicht auf unsere Kosten ausdehne und das bürgerliche Recht schmälere und verkleinere. Wählen Sie Bürger hinein, welche aus dem wichtigsten aller Grundrechte das große Prinzip aufrecht erhalten: Gleiches Recht für Alle.

Ueber die von Ungarn angenommene Haltung und über das geeignetste Mittel, ihr zu begegnen und sie unschädlich zu machen, äußerte der Redner sich folgendermaßen:

Ich fasse die ungarische Frage anders, als man sie gewöhnlich auffaßt; die ungarische Frage ist nicht wie bei anderen Völkern eine Frage der Nationalität. Ungarn ist frei, seine Nationalität will ihm fortan Niemand verkümmern. Die ungarische Frage ist eine Frage des Ehrgeizes, der Herrschaft! Was die Ungarn, nicht die Ungarn, was die Magyaren wollen, das ist: die Rolle Oestreichs übernehmen, daß die Hegemonie über die verschiedenen Volksstämme an der unteren Donau dem Stamme der Magyaren zufalle und den deutschen Händen entrissen werde. Die ungarische Frage reduzirt sich einfach darauf: das künftige Oestreich soll Pesth zur Hauptstadt haben und nicht Wien; die Führer in den Donauländern sollen die Magyaren sein, nicht die Deutschen! Der magyarische Volksstamm fühlt sich als Aristokrat unter den übrigen um ihn wohnenden Volksstämmen und will die Herrschaft über sie üben. Deutsche, Slaven, Romanen sollen unter seinem Scepter leben. Ist dies eine Frage der Freiheit? Nein, das ist eine Frage des Ehrgeizes und der Ueberhebung! Fern sei es von mir, den Werth jenes hochherzigen Stammes herabsetzen zu wollen. Wir kennen die Magyaren! Wir kennen sie, sie haben mit uns jahrelang in Brüderlichkeit zusammen gelebt, sie waren unter uns einer der beliebtesten Volksstämme Oestreichs; wir erkennen die Verdienste an, die sie um Oestreich haben, wir wissen, welche Schlachten sie geschlagen, wir wissen, welcher Schwung ihnen innewohnt. Aber dies Alles kann uns nicht verhindern, ihnen unseren ganzen Ernst zu zeigen. Hier handelt es sich um Mein und Dein! Hier muß das Verhältniß der Ansprüche klar werden, und wir fragen: was berechtigt den Stamm der Magyaren, daß er in die Arena treten will mit dem großen Stamm der Deutschen? Daß er einem der ältesten Bannerträger deutscher Macht die Forderung entgegenruft: Tritt ab von dieser Stelle, wirf ab die Krone, ich bin Dein Nachfolger, mir gebührt Dein Sitz! Meine Herren, hoffen wir, daß man endlich über das Rettungsmittel ins Reine gekommen ist. Es ist die freie Verfassung, die wirklich freie Verfassung mit dem ganzen Inhalte aller Freiheiten, die mit Ordnung und Gesetz vereinbar sind. Sie wäre die glückliche Heilung aller inneren und äußeren Fragen. Wenn wir aus dem Gegebenen eine wirklich große, edle und mächtige Verfassung herausbilden werden, ohne auf Widerwillen und Verblendung zu stoßen, wenn Volk und Regierung einander werden lieben und achten können, dann, meine Herren, ist auch die ungarische Frage gelöst, denn neben einem freien Oestreich hört die Bedeutung Ungarns auf.

— [Ungarische Demonstrationen.] Am 16. wurde, wie man der „Presse" aus Raab schreibt, dort ein Trauergottesdienst für die gefallenen Honveds gehalten; hierauf demonstrirte man vor dem offen gebliebenen Gewölbe eines Juden am Szechényiplatze; diesen passirte während der Zeit zufällig eine vom Exerziren zurückkehrende Schwadron Kürassiere. Die Demonstranten glaubten, daß Militär käme, um Ordnung zu machen; das letztere glaubte, die Demonstration etwa auf sich beziehen zu müssen, und zog, aber unter Geschrei des Volkshaufens, ruhig vorbei, um jeden Konflikt zu vermeiden. Abends um 8 Uhr hörte man plötzlich das furchtbare Gejohle von einigen Tausend vom Friedhofe zurückkehrenden Menschen, die unter Szozátgesang, Kossuth-Eljenrufen, Fenstereinschlagen der nichtbeleuchteten Häuser und Judenwohnungen und Freudenschüssen (mitten in der Stadt!), ihre Fackeln schwingend, die Donaugasse entlang in die Stadt zogen. Wehe denen, die von der plötzlichen Beleuchtung nichts geahnt und daher nicht schnell genug Lichter an die Fensterstöcke gaben, oder die eben abwesend waren. Von ihren Fensterscheiben blieb kein Quadratzoll ganz. — Die Kommission des Szabolcser Komitates hat in ihrer 14. Versammlung auf Antrag des Pfarrers Emerich Tamár beschlossen, alle jene, die als ungarische Staatsbürger in den östreichischen Reichsrath treten, oder alle Wähler, die sich in die Wahl von Reichsräthen einlassen sollten, als Vaterlandsverräther zu betrachten! Dieser Beschluß, der ohne Diskussion gefaßt wurde, wird den Wählern vom zweiten Wahlpräses erklärt und zugleich sämmtlichen Jurisdiktionen mitgetheilt werden. Das Neograder Komitat erklärte in der Sitzung vom 12. d. M. das Patent vom 26. Februar als ungesetzlich.

— [Tagesbericht.] Die „Tribüne" meldet: Die Einsicht, daß die Strafprozeßordnung vom Jahre 1850 nicht mehr allen Anforderungen der seither bedeutend fortgeschrittenen, von reicher Erfahrung im übrigen Deutschland unterstützten Wissenschaft entspreche, hat im Justizministerium den Entschluß gereift, dieselbe einer Revision zu unterziehen, bevor sie dem Reichsrathe zur Wiedereinführung empfohlen wird. Mit dieser Arbeit wurde der Professor Dr. Julius Glaser betraut, und wird dessen Elaborat in einem besonderen Komité im Justizministerium berathen werden."
— Folgende bemerkenswerthe Milderungsgründe wurden bei einer in diesen Tagen stattgehabten Verurtheilung wegen Majestätsbeleidigung von dem Landesgerichte Wien angenommen: Die beleidigende Aeußerung sei in einer politisch bewegten Zeit vorgebracht worden, in welcher mehr als nöthig politisirt wird, wodurch die Grenzen des Erlaubten leichter überschritten werden; ferner falle die beleidigende Aeußerung bei dem Angeklagten, als einem Ausländer (der Angeklagte ist aus Nassau) weniger schwer in die Wagschale, als es bei einem Inländer der Fall wäre. — In Debreczin wurde der 15. März feierlich begangen. Alle Kaufläden waren geschlossen und das Volk drängte sich massenweise in die Kirchen. Nachmittags wogten große Volksmengen durch die Straßen.

— [Kriegsrüstungen in Italien.] Die Nachrichten über die Rüstungen in Italien lauten neuerdings sehr widersprechend; indessen läßt es sich nicht verkennen, daß die kriegerischen Berichte die überwiegenden sind. Thatsache ist es, daß in Bologna eine starke Armee konzentrirt wird, von welcher die Truppen Cialdini's nur einen Theil bilden sollen. Ebenso weiß man, daß die Garibaldianer Ordre erhalten haben, sich bereit zu halten. Daß Garibaldi Caprera verlassen hat, ist gewiß; unbekannt ist es aber, wo er sich dermalen befindet. Die Besorgnisse, welche hier und da ausgesprochen werden, daß schon in der nächsten Zeit der Krieg zwischen Italien und Oestreich zum Ausbruch kommen werde, werden hier in Wien nicht getheilt. Man hält sich vielmehr für überzeugt, daß der erste Stoß auf Rom erfolgen dürfte; daß sodann gegen Venetien werde vorgegangen werden, hält man allerdings für sicher, man glaubt jedoch nicht, daß vor dem Spätsommer in dieser Hinsicht ein Schritt gethan werde. (Schl. Z.)

Pesth, 15. März. [Erbauung eines Akademiepalastes.] In der am 11. März abgehaltenen Sitzung der ungarischen Akademie wurde ein Schreiben des ersten Präsidenten an den Fürsten Paul Eßterhazy und die Antwort des Fürsten vorgelesen. Der Präsident machte dem Fürsten die Mittheilung, daß in Folge der von der Nation mit großer Bereitwilligkeit gemachten Spenden die Erbauung des Akademiepalastes nun in Angriff genommen werden könne: daß ferner projektirt würde, in dem zu errichtenden Palaste nicht nur die für die Akademie und die für die mehr denn 70,000 Bände zählende Bibliothek derselben erforderlichen Säle und Räumlichkeiten herzustellen, sondern auch für das Konservatorium, die permanente Kunstausstellung und für eine Bildergallerie und sonstige Kunstsammlungen genügende Lokalitäten zu bauen. Namentlich würden einige Säle auch zur Aufstellung und Aufbewahrung der fürstlichen Bildergallerie und Kupferstichsammlung bestimmt werden, wenn der Fürst geneigt wäre, diese Bildergallerie in Pesth aufstellen zu lassen. Der Fürst Paul Eßterhazy erklärte in seiner Antwort sowohl in seinem Namen, als auch in demjenigen seines Sohnes und Erben Nikolaus, daß er mit der größten Bereitwilligkeit die unveräußerliche Bildergallerie der fürstlichen Familie im Palaste der Akademie aufstellen lassen werde, sobald der Palast fertig sein wird.

Bayern. München, 19. März. [Bayern und die kurhessische Verfassungsfrage.] Der Beschluß der Zweiten Kammer in der kurhessischen Angelegenheit hat die bayrische Regierung, obgleich er vorausgesehen wurde, stark in Verlegenheit gesetzt. Der Bundestagsgesandte Hr. v. d. Pfordten wird alsbald nach München beschieden werden, um den Berathungen des Kabinets über den zu fassenden Entschluß das vorzugsweise ihm in seiner gegenwärtigen sowohl als früheren Stellung zugeflossene thatsächliche und vielleicht auch rechtliche Material zuzuführen. Je nach dem Ausfall dieses Entschlusses dürfte sich auch sein Verbleiben in Frankfurt oder sein vor der Hand oder sein vollständiges Ausscheiden aus dem diplomatischen Dienste entscheiden, denn der Minister, der einst die „Strafbayern" zur Aufhebung der Verfassung von 1831 nach Kurhessen sandte und seitdem einen hervorragenden Antheil an der Einführung der neuen Verfassung nahm, kann begreiflich nicht in die Nothwendigkeit versetzt werden, am Bundestage eventuell für die Absendung derselben Strafbayern zur Wiederherstellung der Verfassung von 1831 zu stimmen. Vielleicht übrigens, daß man jetzt den Schritt thut, zu welchem man schon vor einiger Zeit entschlossen war, daß man nämlich, im Einvernehmen mit dem Kurfürsten von Hessen, in Frankfurt eine Wiederaufnahme des Gegenstandes anregt, welche dem Kurfürsten Gelegenheit bietet, noch über diese Anregung hinaus und gewissermaßen also proprio motu, seinem Lande wenigstens materiell den ganzen Inhalt der aufgehobenen Verfassung zurückzugeben. Herr v. d. Pfordten ist, zumal wo es sich um sein Interesse handelt, der Mann dazu, einem solchen Vorgehen ein Mäntelchen umzuhängen und mit strengster Beobachtung des politischen Anstandes seiner ganzen politischen Vergangenheit ins Gesicht zu schlagen. (BHZ.)

Anhalt. Bernburg, 19. März. [Wahlen.] Am 15. d. war für den Harzkreis (das ganze Land hat 3 Kreise) auf Grund der s. g. Perniceschen Verfassung der städtische Abgeordnete zu wählen. Das Wahlgesetz ist ein Ideal konservativer Leistungsfähigkeit. Um die gehörige Handhabung zu sichern, war an Stelle des der Natur der Sache nach hierzu wohl berufenen Landraths des Kreises ein besonderer Kommissar in der Person eines dem Herzen unseres Ministers v. Schätzell nahestehenden Regierungsraths abgesendet. Aber trotzdem und obgleich die Wähler nur aus höchst konservativen Gemeinderäthen bestehen, war das Ergebniß nicht annehmbar. Von 59 Stimmen fielen zwar 37 Stimmen auf den neugewählten Bürgermeister von Ballenstedt, eine geachtete, aber bisher unsern öffentlichen Verhältnissen ganz fernstehende Persönlichkeit, die man, um Schlimmeres zu vermeiden, als Regierungskandidanten sich hatte gefallen lassen; aber 20 Stimmen erhielt der Vorgänger v. Schätzell's, der 1853 entlassene liberale Minister Hempel. Als der Bürgermeister sofort ablehnte, war guter Rath theuer. Ein anderer Bürgermeister verlangte Aufschub der Wahl und obwohl noch über die Hälfte der geladenen Wähler anwesend waren und wählen wollten, hob der Kommissar den Termin auf. Nach §. 4 der Wahlinstruktion muß die Hälfte der geladenen Wähler erschienen sein, nach §. 10 muß die Wahl fortgesetzt werden, bis Stimmenmehrheit erzielt ist, und nach §. 11 darf der Fortgang durch theilweise Verweigerung der Stimmen nicht gehindert werden. Das heißt in Anhalt-Bernburg eine gesetzliche Wahl! (N. Z.)

Frankfurt a. M., 19. März. [Die dänische Erklärung.] Die Erklärung, welche die dänische Regierung durch ihren Bundestagsgesandten in der neulichen Sitzung der Bundesversammlung hat abgeben lassen (s. Telegr. in Nr. 65), ist sehr kurz. Nach einer Einleitung, welche in höchstens zehn Zeilen über die Geschichte des Verfassungsstreits hinweg zu dem gegenwärtigen Stadium gelangt, fährt die Erklärung in ihrem dispositiven Theile fort:

Wenn von allen Seiten die Unmöglichkeit anerkannt ist, bei der jetzigen Sachlage und den gegebenen, nicht einseitig abzuändernden Verhältnissen sofort eine, der ganzen Monarchie gemeinsame Verfassung herzustellen und ins Leben zu führen, und zwar um so mehr, als gerade die Stände des Herzogthums Holstein es bis jetzt mit dessen Interessen für unvereinbar achteten, wenn Vertreter des Herzogthums mit denjenigen der übrigen Monarchie in einer gemeinschaftlichen, durch die allerhöchste Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 vorausgesetzten Versammlung sich vereinigten, so hat die königliche Regierung es sich angelegen sein lassen, unter Berücksichtigung der von der Bundesversammlung vorzugsweise hervorgehobenen Gesichtspunkte und behufs thatsächlicher Erledigung der zur Sprache gekommenen Bedenken, der holsteinschen Ständeversammlung nunmehr eine so umfassende und so selbständige Mitwirkung bei der Gesetzgebung nicht bloß hinsichtlich der besonderen, sondern auch der gemeinschaftlichen Angelegenheiten und bei Feststellung des Gesammtbudgets zuzugestehen, als es mit dem ungestörten Fortgang einer der gedachten allerhöchsten Bekanntmachung entsprechenden Staatsverwaltung vereinbar ist. Könnte eine solche Ordnung der Stellung des Herzogthums in der Monarchie, wie die den holsteinschen Ständen nunmehr vorgelegte, anerkanntermaßen auch nicht als eine definitive angesehen werden, so wäre dennoch damit die Verfassungsangelegenheit soweit geführt, daß die weitere Entwickelung der Verhältnisse der inneren Vereinbarung zwischen den holsteinschen Ständen und dem verfassungsmäßigen Organ der übrigen Monarchie unter allerhöchster Genehmigung vorbehalten und den nur zu lange zwischen Dänemark und Deutschland obwaltenden Mißhelligkeiten ein endlicher Schluß gesetzt sein würde.

Sobald der Abschluß der Verhandlungen der gegenwärtig versammelten Stände erfolgt ist, wird die Regierung am Bundestage diejenige weitere Mittheilung machen, „die durch das Ergebniß dieser Verhandlungen veranlaßt sein möchte." Von irgendwelchem Bundesbeschluß und gar von einer angedrohten Bundesexekution ist in der ganzen Erklärung auch nicht einmal andeutend die Rede, und wenn nicht an einer Stelle „der von der Bundesversammlung erhobenen Bedenken" Erwähnung gethan wäre, so würde man gar nicht glauben, daß die Bundesversammlung sich überhaupt je mit der Angelegenheit beschäftigt hätte. (D. A. Z.)

Hessen. Mainz, 17. März. [Gegen das Konkordat.] Vorgestern fand hier eine Versammlung angesehener hiesiger Bürger statt, worin die, in Folge der zwischen der Regierung und dem Bischofe von Mainz im Jahre 1854 abgeschlossenen Konvention, in Bezug auf Staat und Frieden, insbesondere die Heranbildung der Geistlichen, das Schulwesen u. s. w., durch den Einfluß der geistlichen Gewalt eingetretenen Wirkungen Gegenstand einer sehr ernsten und würdevollen Berathung waren. Man faßte einstimmig den Beschluß, in einer Petition den Großherzog zu bitten, die erwähnte Konvention zurücknehmen und die Verhältnisse der katholischen Kirche auf gesetzlichem Wege ordnen zu wollen.

Großbritannien und Irland.

London, 17. März. [Die „Times" über der französischen Adreßdebatten.] Die letzten Kammerreden in Paris, die so heftig gegen England auftraten, werden hier mit großem Phlegma besprochen und können nur dazu dienen, der bisherigen kaiserlichen Politik bei den Engländern Kredit zu verschaffen. Die „Times" schreibt unter Anderem:

Der Kaiser hat einen so heftigen Widerspruch seiner Kammern wohl kaum erwartet, und hat sich in dieser Beziehung wahrscheinlich einer Täuschung hingegeben. Statt etwas gelernt zu haben, benehmen sich die Kammern heute gerade so wie vor 12 Jahren; es wird viel Leidenschaft verpufft, Thatsachen werden aufs Parteiischste entstellt, und was das Unangenehmste bei der Sache ist: es sind dies nicht Ausbrüche der Leidenschaft, wie sie der Moment eingiebt und die Aufregung der Diskussion entschuldigt, sondern wohlerwogene, ruhig überdachte, sorgfältig stilisirte Arbeiten. Orleanisten, Legitimisten und Ultramontane stehen fest zusammen, um die Politik der Regierung zu tadeln, und dennoch, glauben wir, darf es dem Kaiser nicht leid thun, den Parteien die Zunge gelöst zu haben. „Was uns Engländer speziell betrifft, haben wir durchaus nichts dagegen, von dieser Farbe Redner getadelt zu werden, ja ihr Lob würde uns geradezu anwidern. Ihren Herausforderungen fehlt die Spitze, gerade so wie ihren Drohungen die Kraft, wie ihren Rathschlägen der Verstand. Uns kann es unmöglich Wunder nehmen, daß diejenigen, die Frankreich ein Bündniß mit einer abgethanen Theokratie anrathen, eine Allianz mit Allem, was altersschwach, retrograde, bankerott, ohnmächtig und verrufen unter den europäischen Monarchien ist, vor einer Verbindung mit England warnen. Wir können uns nicht wundern, daß jene, die nie müde werden, eine Politik des niedrigsten Eigennutzes, der gemeinsten Eifersucht und der schmutzigsten Habgier zu vertreten, gerade England, das keinem veralteten Partei-Interesse zu dienen, keinen verjährten Haß zu befriedigen hat, als Zielscheibe ihrer ohnmächtigen Wuth und wirkungslosen Anklagen erkiesen. Sie sind ihrer Sache würdig, und verdienen unter dem Papste und dem Könige von Neapel statt unter der jetzigen Regierung Frankreichs zu leben. Dem Kaiser braucht es nicht leid zu thun, daß sie sich in ihrer wahren Gestalt gezeigt haben. Er hat der Welt gezeigt, daß seine Politik den hämischsten öffentlichen Angriffen Stand halten, und nur um so glänzender aus dem Gottesgerichte hervorgehen könne. Er hat bewiesen, daß er nicht Noth hat, Leute zum Schweigen zu verdammen, die nur den Mund zu öffnen brauchen, um den Tadel der besten und weisesten aller Völker gegen sich heraufzubeschwören. Und wahrscheinlich hat er viel dazu beigetragen, Frankreich mit seiner Herrschaft zu versöhnen, indem er ihm einen überzeugenden Beweis von dem Charakter derjenigen gab, aus deren Händen er es gerissen hat, und in deren Hände es vielleicht zurückfallen kann."

London, 18. März. [Tagesnotizen.] Die Zeitungen melden den am Freitag erfolgten Tod des im Jahre 1801 gebornen Lord Lilford. Der Titel geht auf seinen ältesten Sohn, Thomas Lyttleton Powys, über. — Noch ein anderer Todesfall ist zu berichten, der J. H. Mandeville's, früheren englischen Gesandten bei der argentinischen Republik. Auch in Wien, Frankfurt, Konstantinopel, Lissabon und Paris war der Verstorbene im diplomatischen Dienste thätig. Geboren war er im Jahre 1773. — Vertreter des gesammten Freimaurerordens werden am 1. Juli d. J. hierselbst zum Kongreß zusammentreten. Jede Großloge wird durch zwei Abgeordnete vertreten sein. Obschon nur Förmlichkeiten in Ordensangelegenheiten die nächste Veranlassung zum Kongresse gegeben haben, so will man doch wissen, daß wichtige Dinge, sowohl innere Angelegenheiten des Ordens, als auch nach Außen gehende Beziehungen desselben zur Verhandlung kommen werden.

London, 19. März. [Vom Hofe; zur holsteinschen Frage.] Die Frau Kronprinzessin von Preußen ist glücklich hier angekommen. Der Prinz von Wales und der preußische Gesandte am hiesigen Hofe, Graf Bernstorff, erwarteten Höchstdieselbe in Dover. — Das Begräbniß der Herzogin von Kent findet nächsten Montag statt. — In der gestrigen Sitzung des Oberhauses fragte Lord Ellenborough nach dem Stande der Beziehungen Deutschlands zu den Herzogthümern, rechtfertigte Dänemarks Rüstungen und warnte Preußen vor einem Angriffe auf Dänemark, da es ohne Bundesgenossen dastehen und Frankreich es bedrohen, vielleicht gar vernichten würde. Lord Wodehouse sprach die Ansicht aus, Deutschland und Dänemark verschuldeten beide die jetzige Verwirrung. England habe beiden Mächten fortwährend Versöhnung gepredigt. Heute sei aus Kopenhagen die Nachricht eingetroffen (s. gestr. Ztg.), daß das gesammte Budget dem deliberativen Votum Holsteins unterbreitet werden solle. Dieses Zugeständniß werde hoffentlich Deutschland versöhnlich stimmen, denn Lord Ellenborough's Ansichten über Deutschlands Gefahren Frankreich gegenüber seien vollkommen begründet.

Frankreich.

Paris, 18. März. [Der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers] wohnte eine große Anzahl Damen bei. Beim Beginn der Sitzung gab der Präsident Herrn Magne das Wort, der auf die Rede des Herrn Devinck antwortete. Herr Magne bekämpfte alle von Herrn Devinck vorgebrachten Argumente und erklärte sich gegen dessen Amendement, das bekanntlich das Votum des Budgets kapitelweise verlangt. Mehrere andere Redner betheiligten sich noch an dieser Diskussion. Schließlich verwarf die Kammer das Amendement. Morgen beginnt die Diskussion über den 12. Paragraphen, zu dem die Herren J. Favre, Ollivier, Henon und Picard einen Verbesserungsantrag gestellt haben. Derselbe lautet, wie folgt:

Die Städte von Paris und Lyon sehen mit Unruhe die maßlosen Gemeinde-Unternehmungen, die einer jeden Kontrole bar und ledig sind. Niemals haben sie lebhafter den Mangel gewählter Gemeindekörper und die Vergessenheit des Elementar-Prinzips unseres öffentlichen Rechtes bedauert, welches den Steuerpflichtigen das Recht giebt, diejenigen zu ernennen, welche die Steuer votiren und über sie verfügen.

Dieser Antrag wird jedenfalls zu einer heftigen Diskussion

Veranlassung geben. Herr Picard, der im Namen seiner Meinungsgenossen sprechen wird, hat die Absicht, Herrn Haußmann heftig anzugreifen. Zu den §§. 25 und 27 haben Graf Bourcier de Villers, Baron Corberon, Graf Las Cases, Le Mélorel de la Haichois und de Parieu folgendes neues Amendement gestellt:

Sire! Die diplomatischen Dokumente und die letzte Truppensendung nach Rom in einem kritischen Zeitpunkte haben der gesammten Welt dargethan, wie sehr Ew. Majestät stets von dem aufrichtigen Wunsche beseelt waren, die Sicherheit des Papstthums zu wahren und seine weltliche Herrschaft, diese wesentliche Bedingung seiner Unabhängigkeit, zu beschützen. Durch dieses Verfahren haben Ew. Majestät treulichst die Pflichten des ältesten Sohnes der Kirche erfüllt und den religiösen Gefühlen, so wie den politischen Traditionen Frankreichs entsprochen. In Bezug auf diese wichtige Frage, Sire, überlassen wir uns gänzlich Ihrer Weisheit, bestens überzeugt, Ew. Majestät werden stets von denselben Prinzipien und denselben Gesinnungen inspirirt bleiben, trotz der mancherlei Leidenschaften, die sich kundgeben, und im vollen Vertrauen auf jene edle Politik, die Sie bestimmte, den Bestand Ihrer Truppen in Rom zu verstärken und dieselben dort zu belassen.

Heute ist wieder ein Amendement zu Gunsten der zeitlichen Gewalt des Papstes beim gesetzgebenden Körper eingebracht worden. Eine gewisse Fraktion scheint die Regierung zur Auflösung der Kammern nöthigen zu wollen. Nach allen Berichten, welche der Regierung zukommen, würde die neue Kammer der italienischen Politik Napoleons III. entschieden günstig sein. Aber die Regierung sähe sich dann auch genöthigt, in anderen Punkten nach links zu rücken. Die Angelegenheit des Bischofs von Poitiers soll nächsten Donnerstag zur Verhandlung kommen; der zum Berichterstatter ernannte Staatsrath Suin hat sich gegen den Bischof ausgesprochen.

— [Tagesbericht.] Wie verlautet, hat der französische Botschafter in Madrid Befehl erhalten, von Herrn Calderon Collantes Satisfaktion zu verlangen. Letzterer hat nämlich in den Cortes öffentlich geleugnet, die Worte gesagt zu haben, die ihm der französische Gesandte in einer seiner Depeschen in den Mund legte. Falls die verlangte Satisfaktion verweigert wird, soll Herr Barrot, der französische Botschafter, unverzüglich Madrid verlassen. — Am 25., dem ersten Tage der Leidenswoche Christi, predigt Msgr. Dupanloup, Bischof von Orleans, in der Kirche zu St. Roche „zu Gunsten der armen Irländer", wie es auf dem Anschlagezettel heißt. Bei dieser Gelegenheit wird eine Kollekte angestellt werden, wobei unter Andern auch die Marschallin Mac Mahon mitwirken wird. Also eine Art von Demonstration zu Gunsten der Unabhängigkeit Irlands. Die nächste Veranlassung zu dieser Feier boten die gerichtlichen Verfolgungen, die ein Bischof der anglikanischen Kirche gegen seine irischen Bauern, die den Pacht nicht bezahlen wollten, einleiten ließ. — Kontreadmiral Labrousse hat seinen ersten Bericht über das Ergebniß seiner Inspizirung der französischen Dampfflotte abgestattet. Dieser Marineoffizier soll bekanntlich dafür sorgen, daß die Maschinen der verschiedenen Kriegsschiffe möglichst bald verwandt werden können. — Heute wird mit einiger Bestimmtheit versichert, Hr. Felix Solar habe die Flucht ergriffen; wir haben hiergegen zu bemerken, daß dieses Gerücht schon vor mehreren Tagen in Umlauf gesetzt ward, ohne, wie es scheint, begründet gewesen zu sein. — Prinz Napoleon soll dem Kaiser ein Memoire übergeben haben, worin er ihm anräth, das parlamentarische Regiment mit verantwortlichen Ministern offen anzuerkennen. Eine Anzahl von Wählern aus den Departements hat, wie man vernimmt, dem Senate eine Petition überreicht, worin sie sich über das bekannte auf die Rede des Prinzen Napoleon bezügliche Telegramm aus dem Ministerium des Innern beschweren. — Der Abbé Viguerie wird in nächster Zeit in einer neuen Mission nach Syrien gehen. — Die hier eingetroffenen Nachrichten aus Ungarn lauten sämmtlich den Wünschen Oestreichs hinsichtlich der Theilnahme Ungarns am Reichsrathe zuwider. Baron Vay bietet seine Entlassung an, falls Oestreich auf seiner gegenwärtigen ungarischen Politik beharrt.

— [Französische Präfektenwirthschaft.] Der Präfekt des Loiret-Departements hatte seine Untergebenen und sogar den Appellationsgerichtspräsidenten und den Maire von Orleans aufgefordert, dem Bischof Dupanloup keinen Besuch mehr abzustatten, ein Vorgehen, welches zu sehr lebhaften Beschwerden Anlaß gab. Der „Moniteur" meldet nunmehr die Versetzung dieses Präfekten von Orleans nach Caen (Calvados). Das in Rede stehende Zirkular des Herrn Le Provost de Launay sagte: „Ich weiß, daß die meisten Beamten bereits einsahen, wie sie sich gegenüber den Schritten und Einladungen des Bischofs zu verhalten haben. Aber ich weiß auch, daß einige, welche mit dem Prälaten in alten Beziehungen stehen, zögern, sich von ihm zu trennen. Wenn dem so ist, so müssen wir sie erinnern, daß die Regierung des Kaisers auf ihre ausschließliche Ergebenheit zählt und solches Schwanken nicht zulassen kann, bis zu dem Tage, wo der Bischof von Orleans seine Feindseligkeiten einstellen und es uns möglich machen wird, Beziehungen wieder anzuknüpfen, welche seine Thaten allein unterbrochen haben. Ich bitte Sie, mein Herr, für Ausführung gegenwärtiger Depesche zu sorgen und deren Empfang anzuzeigen."

— [Die Verhafteten; Stimmung der Polen.] Blanqui und seine Mitverschworenen befinden sich im Gefängniß, und sie sind es, die sich über ein Komplott beschweren. Man versichert wenigstens, daß sie jede Schuld leugnen und die Behauptung aufstellen, die Polizei habe ein Komplott fingirt, um die Entfernung ihrer Personen zu bewirken. Ob sie die Wahrheit sprechen, weiß ich nicht, aber alle Welt ist um so mehr geneigt, ihren Versicherungen zu glauben, als sie nicht vor Gericht gestellt, sondern durch administrative Prozedur in Algerien internirt werden sollen. Personen, die Blanqui genauer kennen, behaupten allerdings, es sei ihm nicht möglich, vierundzwanzig Stunden außer dem Gefängniß zuzubringen, ohne eine Verschwörung anzuzetteln. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Polizei diese Renommée Blanqui's benutzt hat, um ihn wegen der Verschwörungen, die er anstiften könnte, unschädlich zu machen; sie nennt das Präventivjustiz. — Die Polen sind jetzt von vielen Illusionen geheilt. Sie haben Nachrichten, daß in Petersburg nicht daran gedacht wird, sich durch Demonstrationen, wie die in den letzten Februartagen in Warschau stattgehabten, Zugeständnisse abdringen zu lassen. Man weiß hier, daß Kaiser Alexander über das nachgiebige Verhalten des Fürsten Gortschakoff in Warschau sehr verstimmt ist, und daß die Konzessionen, die der Kaiser zu machen längst entschlossen war, den nationalen Träumen der Polen in keiner Weise schmeicheln werden.

Belgien.

Brüssel, 16. März. [Aus der Kammer; Papierfabrikation.] Die gestrige Kammersitzung ist durch einen höchst beklagenswerthen Vorfall unterbrochen worden. Der Bericht des Zentralausschusses über den Artilleriekredit von 15½ Mill. war so eben auf das Büreau niedergelegt worden, und man verhandelte die Frage, wann dieser Bericht auf die Tagesordnung kommen sollte. Das Ministerium, welches dem Kredit eine außergewöhnliche Wichtigkeit beilegt, bestand darauf, die Diskussion auf künftigen Mittwoch angesetzt zu sehen, so daß die Entscheidung noch vor Beginn der Osterferien, am Schlusse kommender Woche, erfolgen könne. Das ist allerdings für ein so wichtiges Gesetz nur karg zugemessen, und beantragten deshalb die Herren Guillery und Goblet, die Diskussion bis nach den Osterferien zu vertagen. Das Kabinet schob die Schuld des Zeitverlustes, der durch Vollendung des Berichtes erst nach zweimonatlicher Berathung entstanden, auf den Zentralausschuß, während dieser den Vorwurf an die Regierung mit der Bemerkung zurückwies, der Kriegsminister habe die Beantwortung der von dem Ausschusse an ihn gestellten Fragen verzögert. „Der Kriegsminister hat innerhalb dreier Tage geantwortet," sagte Herr Frère, worauf Herr Guillery erwiderte: „Das ist ein Irrthum." „Innerhalb dreier Tage, ich bestehe darauf," wiederholte Hr. Frère mit großem Nachdruck, und diesmal entgegnete Hr. Guillery, ärgerlich geworden: „Das ist nicht wahr." Da rief der Finanzminister mit donnernder Stimme aus: „Das haben Sie gelogen!" Die Abgeordneten erhoben sich von ihren Sitzen, von allen Seiten ertönte der Ruf: „Zur Ordnung! Zur Ordnung! Sie insultiren die Kammer!" u. s. w. Inmitten der immer wachsenden Aufregung, welche die Glocke des Vorsitzenden nicht zu beschwichtigen vermochte, rief Hr. Vervoort den Finanzminister, nachdem er diesen vergebens aufgefordert hatte, seine Beleidigung zurückzunehmen, zur Ordnung. Mit Ungestüm erhob Hr. Frère sich gegen den Ordnungsruf, der den ersten Angreifer ungestraft lasse, indem er (Frère) Hrn. Guillery nur mit gleichbedeutenden Worten geantwortet habe. Darüber entstand nun eine heftige Debatte, ob es beleidigender sei, zu sagen: „Das ist nicht wahr" oder „Sie haben gelogen", welche durch die weise Dazwischenkunft des Hrn. de Brouckere beendigt ward, der die beiden Herren einlud, loyal einzugestehen, daß sie in der Hitze der Diskussion beide zu weit gegangen seien, und an Hrn. Guillery die Bitte richtete, im Interesse der Würde des Hauses seine Worte zurückzuziehen. Das that Hr. Guillery. „Aus Ehrerbietung gegen das Haus," sagte er, „wie auch, um einem Manne, dessen hohe Verdienste ich anerkenne, einen Beweis meiner Achtung und Sympathie zu geben, will ich gern meine Worte zurücknehmen, und das Haus wird es hoffentlich zu würdigen verstehen, wenn ich dem Finanzminister meine Hand darbiete." Das ganze Haus antwortete mit lautem Beifall, und Herr Frère entgegnete mit bewegter Stimme: „Ich danke dem ehrenwerthen Vorredner für die Gefühle, die er in Bezug auf mich kund gegeben hat, und nehme gleichfalls mit ganzem Herzen meine Worte zurück." Nachdem dieser betrübsame Zwischenfall somit gütlich beendigt war, und der Präsident das Haus nochmals zur Mäßigung in der Diskussion aufgefordert hatte, wurde die unterbrochene Verhandlung wieder aufgenommen und schließlich gegen das Ministerium mit der bedeutenden Mehrheit von 49 gegen 25 Stimmen dahin entschieden, daß die Diskussion des Artilleriekredits bis nach Ablauf der Osterferien vertagt ward. Herr Frère hat seine politischen Freunde benachrichtigt, daß er nach Entscheidung der Goldfrage durch den Senat eine sechsmonatliche Reise ins Ausland unternehmen werde. — Man hat jetzt in Belgien mit dem besten Erfolge den Versuch gemacht, das Stroh des sogenannten Raps zur Papierfabrikation zu benutzen. Zu 120 Theilen Papierspäne werden 50 Theile des Rapsstrohes verwandt, womit man ein weißes Papier herstellt, das weit besser ist, als das bekannte Strohpapier. (K. Z.)

Italien.

Turin, 14. März. [Die römische Frage; Gefängnisse in Umbrien.] Mit großer Hartnäckigkeit erhält sich die Meinung, daß die Lösung der römischen Frage nahe bevorsteht, und zwar in dem Sinne, daß die sogenannte Citta Leonina dem Papste verbleiben werde, das übrige Gebiet aber von den italienischen Truppen besetzt werden solle; nur will man diese Lösung jetzt als das Ergebniß der Verhandlungen zwischen Turin und Paris gelten lassen, so daß die päpstliche Regierung dabei nicht anders betheiligt sei, als daß sie sich in das Unvermeidliche zu fügen habe. Man bezeichnet bereits die Paläste, in denen die Ministerien, die Deputirtenkammer und der Senat in Rom nächstens residiren sollen. Das alles ist sehr verfrüht. Die Unterhandlungen zwischen dem hiesigen und dem französischen Hofe sind zwar sehr lebhaft, doch wird die endliche Entscheidung noch einige Zeit auf sich warten lassen. In der That machen die französischen Truppen nicht nur keine Anstalten zur Abreise, sondern sie haben ihre Garnisonen weiter ausgedehnt, und zu Civitavecchia sogar angefangen, Festungswerke anzulegen. — Einen haarsträubenden Bericht über die päpstlichen Gefängnisse in Umbrien hat Pepoli jüngst veröffentlicht, und damit den Beweis geliefert, daß die unmenschliche Behandlung der Gefangenen nicht bloß auf Rechnung der Indolenz oder der Willkür untergeordneter Beamten zu setzen ist, sondern durch amtliche, von den höchsten Behörden erlassene Instruktionen veranlaßt wurde. Dieser Bericht, mit dem, was thatsächlich über Perugia und Collalto vorliegt, zusammengestellt, ist mehr als genügend, um jede Regierung, mag ihr Ursprung noch so heilig oder legitim sein, der allgemeinen Verurtheilung zu überliefern. (N. Z.)

— [Fürst Gabrielli.] In Turin weilt gegenwärtig auch der Fürst Gabrielli aus Rom, welcher der päpstlichen Polizei als Anhänger der Nationalpartei verdächtig war und ausgewiesen wurde. Er ist durch seine Heirath mit einer Prinzessin Canino mit dem französischen Hofe verwandt und ging nach seiner Ausweisung auch zunächst nach Paris, wo er über die Lage der Dinge in Rom und in Italien Aufschluß gab. In Turin hat er mehrfach mit dem Grafen Cavour konferirt, und wurde auch vom Könige empfangen.

Turin, 18. März. [Der neue Königstitel.] Im Senate hat heute Minister Cassinis einen Gesetzentwurf eingebracht, demzufolge der Eingang aller öffentlichen Dokumente fortan lautet: „Victor Emanuel der Zweite von Gottes Gnaden und durch den Willen der Nation König von Italien." Dieser Antrag ist mit allgemeinem Beifall entgegengenommen und durch Beschluß als dringlich anerkannt.

Spanien.

Madrid, 14. März. [Aus den Cortes; Schiffe nach Havannah.] In der Abgeordnetenkammer sprach Rivero über die von der Regierung in der Angelegenheit des Herzogthums Parma befolgte Politik. Der demokratische Redner zollt in einer längeren Auseinandersetzung der Freiheit, sowie der italienischen Einheit seinen Beifall und macht der spanischen Regierung den Vorwurf, die Absicht gehabt zu haben, die Herzogin von Parma in der Behauptung ihres kleinen Staates zu unterstützen. Die Kammer hat jedoch, wie schon erwähnt, die Politik der Regierung in der italienischen Frage gutgeheißen. — Am 10. d. sind eine Fregatte und zwei Goeletten von Kadix nach Havannah zur Verstärkung des spanischen Geschwaders abgegangen.

Madrid, 16. März. [Die Demonstrationen in Lissabon; Petition.] Die Kommissarien der Volksversammlung, welche in Lissabon stattgefunden hat, verlangen Reform des Senats, Reorganisation der Armee, freie Einfuhr von Cerealien, Freiheit des Unterrichts und eine populäre und dem Fortschritt huldigende Regierung. — Die Petition der Inhaber der passiven Schuld ist nach einer in den heutigen Cortes stattgehabten Diskussion dem Finanzministerium überwiesen worden.

Portugal.

Lissabon, 14. März. [Regierung und Opposition.] Die portugiesische Regierung hat den Cortes angezeigt, daß sie fest entschlossen sei, jede Volksversammlung zu verhindern, da sie gesehen habe, daß die letzte einen ungesetzlichen Charakter angenommen habe. Die Opposition hat sogleich erklärt, ihre Feindseligkeit einzustellen und die Regierung in der Aufrechterhaltung der Ordnung zu unterstützen.

Rußland und Polen.

Petersburg, 14. März. [Die Ereignisse in Warschau.] Im nichtamtlichen Theile kommt heute das ministerielle „Journ. de St. Pet." auf die Warschauer Ereignisse zu sprechen, bezieht sich zunächst auf den Inhalt der schon mitgetheilten Depeschen und giebt dazu noch einige Ergänzungen, die ihm inzwischen polnischer Seits zugekommen sind. Wir entnehmen daraus Folgendes:

Es sei (wie bereits bekannt) beabsichtigt gewesen, den Gedenktag der Schlacht bei Grochow mit einer öffentlichen Manifestation zu begehen, und zwar durch einen Zug nach dem Schlachtfelde, wo eine religiöse Feier stattfinden sollte, wogegen die Behörden ihrerseits beschlossen hatten, zwei Bataillons dahin zu senden, um das Gedächtniß der daselbst gefallenen Russen zu begehen. Plakate hätten am Tage vorher angezeigt, daß Abends 6 Uhr eine Versammlung zu einem Fackelzuge statthaben werde, worauf die Polizei einen der Urheber der Plakate arretirte, welcher seine Mitschuldigen angab, worauf die nöthigen Anordnungen getroffen und die Vorstände benachrichtigt wurden, so daß man annahm, die Demonstration sei abbestellt worden. Inzwischen begab sich am 25. doch eine große Anzahl Menschen Nachmittags nach der Pauliner Kirche, bei der Altstadt, und Abends gegen 5 Uhr strömte eine geschlossene Masse auf den Platz und seine Umgebungen. Die Polizei bot vergebens die Mittel der Besänftigung auf, um zum Auseinandergehen zu bewegen; gegen 7 Uhr sah man eine Prozession nach der Golenbiastraße, nahe am Platz, mit einer Revolutionsfahne und kleineren Fähnchen und Fackeln sich bewegen. Trotz der Aufforderung, sich zu zerstreuen, setzte die Prozession ihren Weg fort und, um Unglück durch Gedränge in den engen Straßen zu vermeiden, ließ man sie bis zum Platz vorgehen, begleitet auf alle Fälle von berittenen Gendarmen. Die Behörden erschöpften das Mittel der gütlichen Zusprache, neue Aufforderungen erfolgten an die Menge: die Rädelsführer antworteten, indem sie nach den Gendarmen mit den Fahnen und den Fackeln schlugen, um sich Bahn zu brechen; aber sie wurden mit flachen Säbelhieben zurückgedrängt und der Haufen in kurzer Zeit auseinandergetrieben. Obgleich die Menge sehr in das Gedränge kam, geschah doch wenig Unglück, Niemand verlor das Leben und, soweit bekannt, wurden nur wenige Personen schwer beschädigt. Von den Rädelsführern wurden einige verhaftet, sie hatten eine Proklamation von Mieroslawski und ein Bild des Revolutionsführers von 1794, des Schusters Kulinski, bei sich, Umstände, welche den Umschwung und Geist dieser Manifestation genugsam erklärten. Angesichts der schweren Folgen, welche hieraus entstehen konnten, verursachte ihre schleunige Unterdrückung allgemeine Befriedigung. Dies stimmte nicht zu den Absichten der Rädelsführer, welche auch während des folgenden Tages wiederholt allerhand falsche Gerüchte ausstreuten, unter andern, daß eine beträchtliche Zahl von Personen getödtet und verwundet worden sei. Sie durchzogen die Stadt mit äußeren Zeichen der Trauer. Daher kam es, daß am 27. Februar zahlreiche Volkshaufen sich bildeten; gegen 1 Uhr sammelten sie sich auf dem Sigismundplatze und zogen nach der Krakauer Vorstadt, mit der Absicht, sich nach dem Statthalterpalaste zu begeben, wo damals der landwirthschaftliche Verein tagte. Die Polizei war beordert, mit den Gendarmen die Haufen zu zerstreuen, ohne von ihren Waffen Gebrauch zu machen. Ein Leichenzug, welcher dieselbe Straße daherkam, traf mit dieser Menge zusammen und vermehrte das Gedränge. Während dies Ereigniß ohne große Störung ablief, kam eine Kompagnie Infanterie von der entgegengesetzten Seite und wurde, als sie an der engsten Stelle der Straße sich zwischen dem Volkshaufen und der Wagenanhäufung befand, mit Steinwürfen begrüßt. Die höhere Behörde hatte, um Konflikt zu vermeiden, angeordnet, daß die Soldaten keine geladenen Gewehre haben sollten. Gegenüber diesen Thätlichkeiten mußten jedoch die angegriffenen und beleidigten Soldaten handeln, sie erhielten Befehl, Angesichts der Menge zu laden, und als das erste Glied feuerte, wurden sechs Personen getödtet und sechs verwundet. Hierauf hörten die Versuche der Unruhstiftung auf. Aber eine lebhafte Bewegung bemächtigte sich der Gemüther. Am 28. Februar begab sich der Erzbischof von Warschau, Fijalkowski, in Begleitung von drei anderen Personen zum Statthalter Fürsten Gortschakoff und übergab eine schon mitgetheilte, 153 Unterschriften tragende Petition an den Kaiser, worauf von Sr. Majestät unterm 9. März (ein ebenfalls schon bekanntes) kaiserliches Reskript an den Fürsten Statthalter erging.

Nach Mittheilung dieser beiden Aktenstücke schließt das „Journal de St. Pet." seinen Bericht mit der Bemerkung, daß es sich glücklich schätze, mittheilen zu können, daß seit dem 27. v. M. die öffentliche Ruhe in Warschau nicht gestört worden.

Warschau, 17. März. [Der neue Kurator des Warschauer Unterrichtsbezirks], Geheimrath Laszcynski, der in diesem Amt an die Stelle des Geheimraths Muchanoff getreten ist, hat, wie die heutigen Zeitungen melden, bereits einige der höheren Lehranstalten und wissenschaftlichen Institute Warschau's besucht.

— [Geschenk der Juden an die Kapuziner.] Am 27. Februar wurde bekanntlich das Kreuz der Kapuzinermönche, welches dem Leichenwagen bei dem Begräbniß vorangetragen wurde und zu der ominösen Demonstration Veranlassung gegeben hat, von den Kosaken zerschlagen und demolirt. Die Judenschaft hat nun beschlossen, dem Kapuzinerorden ein silbernes Kreuz zu verehren und zu diesem Zwecke eine Kollekte ausgeschrieben, welche, wie wir hören, den erforderlichen Betrag in sehr kurzer Zeit aufgebracht hat. Es versteht sich von selbst, daß dies bei der christlichen Bevölkerung einen sehr guten Eindruck hervorgerufen hat und die feindliche Stimmung immer mehr beseitigt. (Br. Z.)

Warschau, 18. März. [Die Bauernbefreiung] ist am gestrigen Tage in Rußland verkündet worden. Diese heute telegraphisch hier bekannt gewordene Nachricht hat einen sehr günstigen und freudigen Eindruck auf unsere Einwohnerschaft gemacht. Das folgenschwere Ereigniß, auf dessen Eintritt ganz Europa mit Spannung und Theilnahme wartete, wird Rußland auf der von seinem gegenwärtigen Herrscher eingeschlagenen Bahn des Fortschrittes in geistiger, sowie auch in wirthschaftlicher Hinsicht mächtig fördern

und kann nicht verfehlen, auch auf die benachbarten Völker und zunächst auf die Polen seine Wirkung zu äußern. Deshalb fand sich auch unsere Bürgerdelegation bewogen, auf die erlangte Kunde davon sechs ihrer Mitglieder, unter ihnen den Domherrn P. Wyszynski und den Oberrabbiner Meisel an das leitende Komité des landwirthschaftlichen Vereins, dem die Grafen Zamoyski und Ostrowski vorstehen, mit dem Auftrage abzuordnen, dem polnischen Adel, welcher seinerseits die Ablösung der Frohnden und Reallasten vom bäuerlichen Besitz und damit den Uebertritt der Bauern in das Verhältniß freier Eigenthümer im Königreich Polen aus freiem Antrieb auf der letzten Versammlung des landwirthschaftlichen Zentralvereins beschlossen hat, den Glückwunsch und Dank der Delegation in dem Vertrauen auszudrücken, daß die Durchführung der richtigen Reform in unserem Lande ebenfalls in kürzester Frist erfolgen werde. Nachdem der Adel durch die bekannten Beschlüsse während seiner letzten Sitzung im Februar seine patriotische und opferwillige Geneigtheit zur Erleichterung des Uebergangs vom Erbpacht-, Zins- und Frohndeverhältniß zu demjenigen freier Grundeigenthümer bethätigt hat, wird auch in unserem Lande in Kurzem der Stand der freien Grundeigenthümer in derselben Weise die weit überwiegende Mehrheit des Volks bilden und dadurch der soziale, ökonomische und politische Fortschritt ebenso erleichtert werden, wie in den westlichen Nachbarländern, die mit diesem Beispiel vorangegangen und von dessen Segnungen heute allerwärts überzeugt sind. (Schl. Z.)

Warschau, 19. März. [Die Lage.] Die Agitationen nehmen ihren bedenklichen Fortgang und sie sind um so ernster aufzufassen, als die bisherigen Vorgänge gezeigt haben, daß der sonst so würdige Fürst Gortschakoff seiner Stellung unter den schwierigen Verhältnissen nicht gewachsen ist. Aus Petersburg melden auch sichere Nachrichten, daß in den Regierungskreisen bereits die Frage wegen Ernennung eines energischen Stellvertreters des Fürsten in Erwägung gezogen und wohl nur aus Rücksicht gegen die großen Verdienste desselben noch nicht zur Ausführung gekommen ist. Die von außerhalb gegebene Parole lautet dahin, mit friedlichen Demonstrationen, ohne Rücksicht auf die Drohungen des russischen Gouvernements, vorzugehen, und um die Energie desselben zu lähmen, sollen die polnischen Damen zunächst sich dabei betheiligen. Daß eine große Trauerdemonstration derselben nur in Folge der ernsten Drohung des Fürsten unterblieben, ist bereits mitgetheilt. Unterdessen sind die russischen Truppen im Königreiche so verstärkt, daß sie sich nach einer sicheren Angabe bereits auf 60,000 Mann belaufen und ein neuer Sukkurs ist im Anzuge. Man bezeichnet den hier anwesenden energischen General Liprandi als die geeignete Persönlichkeit, um die Ruhe des Landes aufrecht zu halten. Er hatte sich bereits bei der Erstürmung Praga's so ausgezeichnet, daß ihm das Georgenkreuz damals verliehen wurde. Es tritt jetzt immer mehr zu Tage, daß die Organisation für die Durchführung von Demonstrationen in sehr geschickter Weise durchgeführt ist und der agronomische Verein hat hierzu gewiß einen sehr geeigneten Anhaltepunkt gegeben. Aus der feindlichen Stimmung gegen Preußen hat man in demselben kein Geheimniß gemacht, wie denn auch in seinem Kreise der Vorschlag, keinen Preußen zum Grundbesitz zuzulassen und der deutschen Kolonisation entgegenzutreten (darauf ist wiederholt in unseren polnischen Korrespondenzen hingewiesen; d. Red.), zur Sprache gebracht ist. Deutsche und Juden sind als die eigentlichen Blutsauger des Landes bezeichnet worden, und über das vergebliche Bemühen der letzteren, sich durch die Theilnahme an der Agitation die Sympathien der Polen zu erwerben, kann sich derjenige, welcher die Verhältnisse hier kennt, nicht täuschen. Die polnische Bewegung ist aber besonders deshalb für Rußland eine ernste, weil sie mit der Anbahnung der Emanzipation der Bauern zusammenfällt, und es nicht schwer fallen wird, die Unzufriedenheit derselben über den allmäligen Uebergang zur Freiheit aufzustacheln. Im Auslande, namentlich in Paris, haben sich die militärische und religiös-mystische Partei der polnischen Emigration, wie hier versichert wird, geeinigt und die Parole gegeben, durch ein übereiltes Handeln nichts zu verderben. (Sp. Z.)

Türkei.

Beyrut, 28. Febr. [Die Zustände in Syrien.] Abro Effendi ist zur Leitung einer Untersuchung nach Saida abgegangen. Eine Drusenbande aus Bedsche soll das Dorf Rhayme angegriffen haben. Khaled Pascha, nach dem Hauran gesendet, um die Drusen abzuschneiden, ist eiligst nach Damaskus zurückgekehrt. Die dortigen Christen beschweren sich, fortwährend in Lebensgefahr zu sein, und noch keine Entschädigung erhalten zu haben.

Amerika.

Newyork, 2. März. [Die Lage in Süd-Karolina; General Twiggs.] Major Anderson, der in täglichem Verkehr mit dem Kriegsministerium steht, meldet, daß seine Gegner in Süd-Karolina ihre Batterien und andere Werke beinahe vollendet hatten und daß, wofern nicht der südliche Kongreß einschreite, vermuthlich gleich nach dem 4. März ein Angriff auf Fort Sumter erfolgen werde. Ein großer Theil der Bewohner Süd-Karolina's scheint den südlichen Kongreß zu ignoriren, namentlich in Bezug auf militärische Operationen in Charleston, während der Gouverneur und die sogenannten Konservativen sich geneigt zeigen, sich den Beschlüssen der Behörden des südlichen Bundes zu unterwerfen. Der zu Montgomery tagende Kongreß dieses Bundes hat eine Akte erlassen, welche den Präsidenten zum Abschluß einer Anleihe von 15,000,000 Dollars zu 8 Proz. ermächtigt. In Nord-Karolina halten sich bis jetzt Sezessionisten und Anhänger der Union so ziemlich das Gleichgewicht. — Neuere Nachrichten aus Texas berichten über die Angelegenheit des Generals Twiggs Folgendes: In der Nacht vom 15. Febr. rückte Major Ben Mac Cullough an der Spitze von 800 Mann in die Stadt San Antonio ein und ergriff im Namen des Staatskonventes von dem Arsenale und den darin befindlichen Vorräthen Besitz. Nachdem dies geschehen, wurden Unterhandlungen zwischen Mac Cullough und Twiggs angeknüpft, und während derselben erhielt Letzterer die Anzeige, Oberst Waite habe statt seiner den Befehl übernommen, worauf der General sofort Alles aus den Händen gab. Die Regierung in Washington wird amtliche Nachrichten abwarten, ehe sie einen Entscheid über das Verhalten des Generals Twiggs fällt.

— [Zerwürfnisse im argentinischen Bunde.] Das „Journal des Débats" meldet Folgendes über die neuesten Vorgänge im argentinischen Bunde: „Aus den La-Plata-Staaten haben wir nur Ein wichtiges Ereigniß zu berichten. Oberst Sâa, der von der Bundesgewalt damit beauftragt worden war, die Ordnung in der Provinz San Juan wiederherzustellen und eine Untersuchung über die Ermordung des ehemaligen Gouverneurs Virasoro anzustellen, war auf einen sehr lebhaften Widerstand gestoßen. Doch hatte er sich nach blutigem Kampfe des Hauptortes der Provinz bemächtigt und Aberrastain, den neuen Gouverneur, verhaften lassen. So stehen die Sachen. Da aber die Behörden von Buenos Ayres die Bewegung in San Juan begünstigten, so fürchtet man, der Vorfall werde einen Anlaß zum Kampfe zwischen der unitarischen und der föderalistischen Partei, in welche der argentinische Bund zerfällt, bilden."

— [Zur Statistik Newyorks.] Im Staate Newyork sind im Jahre 1860 im Ganzen 223,485 Arme unterstützt worden, und haben die Kosten dafür 1,365,499 D. 54 C. betragen. Aus Deutschland kamen 7925 Frauen und 7620 Männer, welche unterstützt wurden. Die ganze Summe der Arbeit, welche die Armen in den Armenhäusern u. s. w. angefertigt haben, beträgt nur 35,181 Doll. — Vor 50 Jahren betrug die Sterblichkeit von Newyork jährlich ca. 3000 Personen, im vorigen Jahre 22,710 oder 1065 mehr als 1859. Dies entstand durch die Zunahme des Scharlachfiebers, welches 1858 840 und 1860 1927 Menschen tödtete. — In keiner Stadt der Erde nimmt die Bevölkerung so rasch zu wie in Newyork. London z. B. hat im Jahre 1860 um 52,000 Einwohner oder 1000 per Woche, bei einer Bevölkerung von 2,700,000, Newyork bei einer Bevölkerung von 814,277 um 47,855 oder 941 per Woche zugenommen.

Newyork, 7. März. [Inauguration des Präsidenten ꝛc.] Das Reutersche Büreau bringt einen Auszug der Rede, mit welcher Hr. Lincoln am 4. März in Washington sein Amt als Präsident der Vereinigten Staaten antrat (s. gestr. Z.). Herr Lincoln sagte, es gebe keinen Grund zu der Befürchtung, daß die republikanische Regierung das Eigenthum der Bewohner des Südens gefährden werde. Sie werde nicht gegen die Einrichtung der Sklaverei da, wo sie bestehe, auftreten, und habe auch kein Recht, dies zu thun. Was die entlaufenen Sklaven anbelange, so werde sie die bestehenden Gesetze aufrecht erhalten. Sodann fuhr der neue Präsident fort: „Ich leiste heute den amtlichen Eid ohne Hintergedanken. Ich gelange inmitten großer Schwierigkeiten zur Gewalt. Die Union ist der Form nach angegriffen. Nun ist aber die Union der Staaten eine immerwährende, und kein Staat kann sich von ihr trennen. Die Resolutionen und Ordonnanzen, welche einen diesem Prinzip entgegengesetzten Sinn haben, sind in rechtlicher Beziehung null und nichtig, und alle gegen die Bundesautorität verübten gewaltthätigen Handlungen werden als revolutionär betrachtet." Er sagte ferner: „Ich betrachte die Union vollkommen als bestehend und werde Sorge tragen, daß die Gesetze der Union in allen dieselbe bildenden Staaten vollständig zur Ausführung gelangen. Ich mache es nicht zum Gegenstande einer Drohung, sondern einer förmlichen Erklärung, daß die Union auf verfassungsmäßige Weise vertheidigt werden wird. Bei Beobachtung eines solchen Verfahrens wird kein Blut vergossen werden, die Nationalautorität müßte sich denn dazu genöthigt sehen. Ich werde meine ganze Macht aufbieten, um das Bundeseigenthum zu vertheidigen und die Staatseinkünfte erheben zu lassen. Ueber das hinaus, was nöthig sein wird, um diese Resultate zu erzielen, wird keine Gewalt angewandt werden." Jede in der Rede enthaltene Anspielung auf die Union ward mit der größten Begeisterung aufgenommen. Mehr als 30,000 Personen wohnten der Inauguration des Präsidenten bei, die vollkommen ruhig verlief. Der englische Gesandte, Lord Lyons, hatte Herrn Lincoln angezeigt, daß England keine Blokade der südlichen Häfen anerkennen werde, wofern eine solche nicht vollständig und effektiv sei. Es hieß, Frankreich und die Großmächte würden eine ähnliche Erklärung abgeben. Der Präsident hatte den neuen Tarif unterzeichnet; derselbe wird am 1. April in Kraft treten. — Das Volk von Texas hatte das Ausscheiden dieses Staates aus der Union ratifizirt. — Die Kommissare des Südens waren in Washington angekommen und wollten dem Präsidenten den Zweck ihrer Mission mittheilen.

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

Berlin, 20. März. [28. Sitzung.] In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses bringt der Abgeordnete v. Niegolewski mit 15 Genossen folgenden Antrag ein: „Die k. Staatsregierung aufzufordern, dahin zu wirken, daß endlich wenigstens die nach dem positiven Völkerrecht garantirte territoriale Einheit des ehemals polnischen Gesammtstaates vom Jahre 1772, so wie die den Polen innerhalb dieser Grenzen zugestandenen nationalen und politischen Rechte zur vollen Geltung und Ausführung gelangen und daß dieselben nicht fernerhin willkürlich von den verpflichteten Mächten, denen auf Grund des Wiener Traktates Theile Polens unter den stipulirten Bedingungen zugetheilt wurden, verkümmert werden." Der sehr umfassend motivirte Antrag wird einer besonderen Kommission von 14 Mitgliedern übergeben. (Weiteres über die Sitzung morgen.)

Aus polnischen Zeitungen.

Der „Dzien. pozn." bespricht (Nr. 66) in einem Leitartikel vom 18. d. das kaiserliche Reskript und sagt dabei u. A.: „Wir begreifen nicht, wie die reifen Petersburger Staatsmänner die Psychologie und die Geschichte so sehr verkennen konnten, daß sie dem Kaiser den Rath gegeben haben, die feierlichste und allgemeinste Adresse, die es je gegeben hat, mit der verächtlichen Bemerkung abzuweisen, daß sie nur das in Folge von Straßenkravallen entstandene Werk einiger Individuen sei. Durch eine solche Antwort hat sich der Kaiser Alexander die polnischen Gemüther gerade zu einem Zeitpunkt unwiederbringlich entfremdet, wo er sie durch eine passendere Behandlung noch einigermaßen für sich hätte gewinnen können. Das polnische Volk wird gewiß das kaiserliche Manifest und die Zugeständnisse, die sich darin vielleicht finden werden, erwarten, wie es bis jetzt gewartet hat; es wird sie annehmen und aus ihnen Nutzen ziehen; aber der ganze moralische Vortheil, der ganze politische Gewinn, der daraus für die russische Politik hätte erwachsen können, ist nach unserer Ansicht durch das starre Festhalten an jener traditionellen Routine und durch das Niederhalten jeder aufrichtigen und reinen Kundgebung des Nationalgeistes paralysirt. Man kann sich in dieser Beziehung nicht täuschen: Das kaiserliche Reskript an den Fürsten Gortschakoff hat in allen Schichten der polnischen Bevölkerung ohne Ausnahme den für Rußland und den Kaiser Alexander am wenigsten vortheilhaften Eindruck hervorgebracht. Die Kluft zwischen Warschau und Petersburg, welche es leichtsinnig erweitert hat, wird sich nicht so leicht ausfüllen lassen."

In seiner Nr. 64 theilt dasselbe Blatt in einer Korrespondenz aus Bromberg den Wortlaut der von den Bewohnern des Netzedistriktes dem Grafen Schwerin übersandten Adresse mit und knüpft daran einige kritisirende Bemerkungen. Es heißt da: „Wenn diese Adresse sich auch weder durch große Logik, noch durch die Erhabenheit ihres Stiles auszeichnet, so charakterisirt sie sich statt dessen durch ihr großartige Verachtung der Lage der Dinge, wie sie durch den Wiener Traktat herbeigeführt und in Betreff des zum fünften Male getheilten Polens sanktionirt worden ist, so wie durch einen auf die polnischen Bauern berechneten Hinweis, der ganz an die blutigen Fingerzeige östreichischer Erfindung in Galizien erinnert, als ob jede polnische Bestrebung nur darauf hinzielen könnte, die Frohndienste wiederherzustellen. Die Verfasser der Adresse haben freilich vergessen, daß, als die Preußen Polen theilten, die Frohndienste in ganz Deutschland, und namentlich in Preußen noch bestanden, und daß die treuliche preußische Politik von damals nur darauf hinwirkte, die liberale Konstitution vom 3. Mai umzustoßen. Aber das schadet nichts; bei den Herren muß man auf dergleichen Kleinigkeiten nicht achten. Nicht weniger charakteristisch ist es, daß der Minister der auswärtigen Angelegenheiten die Deputation, welche dem Minister des Innern die Adresse überreichte, in seiner Eigenschaft als Abgeordneter des Netzedistrikts geführt hat ꝛc."

Lokales.

R Posen, 21. März. [Zu Königs Geburtstag.] Die für morgen angesetzte große Parade der gesammten hiesigen Garnison wird auf dem Wilhelmsplatze vor Sr. Exz. dem kommandirenden General Grafen Waldersee stattfinden. Die Truppen nehmen dabei ihre Aufstellung auf der Wilhelmsstraße und dem Kanonenplatz, und der Vorbeimarsch erfolgt von der Neuen Straße nach dem Theater zu. — Die Luisenschule begeht den festlichen Tag durch eine Vorfeier, welche heute Abends 6 Uhr im Schulsaale stattfindet, während die städtische Mittelschule morgen früh 9 Uhr die Feier abhalten wird. — Die Theaterdirektion hat für morgen Abend bei festlicher Beleuchtung des Hauses eine Vorstellung arrangirt, bei der neben Festouverture und Prolog eine Aufführung von Scribe's „Adrienne Lecouvreur" stattfindet, in welcher die berühmte Darstellerin Frau A. v. Bärndorf die Titelpartie als Gastrolle geben wird.

Die Kommunalbehörden haben beschlossen, zur Feier des Tages die Vorderfronte des Rathhauses zu erleuchten. Es werden etwa 2000 Lampen angebracht, über dem Eingange ein großes Transparent aufgestellt und von 8—9 Uhr Abends bengalische Flammen auf dem Thurme abgebrannt werden, wobei ein Musikkorps mehrere Pièccen vortragen wird.

≅ Posen, 21. März. [Stadtverordnetenversammlung.] Zum Beginn der gestrigen Sitzung setzte der Vorsitzende die Versammlung davon in Kenntniß, daß der Stadtrath v. Treskow (wie wir unseren Lesern schon früher mitgetheilt haben; d. Red.) die Wahl zum Beigeordneten der Stadt mit Rücksicht auf sein Alter und besonders auf eine zunehmende Augenschwäche abgelehnt habe, daß also in einer der nächsten Sitzungen eine andere Wahl vorzunehmen sei. — Bei Zahlung der Vergütigung für gelegte Granitplatten ist nach den Ermittelungen der Finanzkommission an drei Betheiligte zu viel gezahlt worden. Von zweien dieser Rückforderungen nimmt die Versammlung Abstand, da die eine zweifelhaft erscheint und die andere zu unbedeutend ist; bei der dritten beschließt dieselbe, den Magistrat zu ersuchen, den zu viel gezahlten Betrag wieder einziehen zu lassen. — Für zwei Kommunalbeamte, die sich in augenblicklicher bedrängter Lage befinden, werden auf Antrag des Magistrats Unterstützungen in Höhe von 15 und 5 Thlrn. bewilligt. — Als Schiedsmann für das V. Revier wird der Kaufmann H. Grunwald wiedergewählt. — Nach der Kabinetsordre vom 11. Juli 1822 sollen die Staatsbeamten nur mit der Hälfte ihres Einkommens zur Kommunalsteuer herangezogen werden, welche Bestimmung sich nach einer späteren Kabinetsordre aus dem Jahre 1832 auch auf die indirekten Staatsbeamten bezieht. Im Jahre 1858 ist die Frage, ob die Beamten des hiesigen erzbischöflichen Konsistoriums zu dieser Kategorie zu rechnen seien, vom Minister des Innern verneinend entschieden worden (unter Hinweis auf Art. 15 der Verfassungsurkunde, nach welchem der katholischen Kirche ihre volle Selbständigkeit gewährleistet sei, mithin auch die Beamten derselben nicht als Staatsbeamte betrachtet werden könnten), und diese sind daher mit ihrem vollen Einkommen zur Kommunalsteuer herangezogen worden. Neuerdings haben sich dieselben nun an den Magistrat mit der Bitte gewandt, ihnen diese Begünstigung aus Billigkeitsgründen zu gewähren. Der Vorsitzende sprach seine Ansicht dahin aus, daß er die vorerwähnte Ministerialentscheidung für nicht zutreffend erachten könne, da das, was in dem angeführten Artikel der Verfassungs-Urkunde der katholischen Kirche garantirt sei, auch auf die anderen Religionsgesellschaften Anwendung finde; es sei deshalb gerechtfertigt, daß die Beamten des erzbischöflichen Konsistoriums denen der evangelischen Konsistorien gleichgestellt würden. Die Versammlung trat der Ansicht des Vorsitzenden bei und bewilligte das Gesuch. — In der Sitzung der Stadtverordneten am 23. Januar d. J. ist der Oberlehrer an der hiesigen Realschule Dr. Szafarkiewicz zum Mitgliede der Direktion der Gasanstalt gewählt worden. Seitens des Magistrats sind gegen diese Wahl Bedenken erhoben, die sich namentlich darauf gründen, daß die Stellung des Gewählten als Kommunalbeamter mit den Funktionen eines solchen Beamten nicht vereinbar erscheine. Die Versammlung konnte diese Ansicht nicht gewinnen und lehnte deshalb eine Neuwahl ab. — Für den pensionirten Lehrer Hummel ist die Anstellung eines neuen Elementarlehrers erforderlich geworden, es sind aber auf das erlassene Konkurrenzausschreiben keine Bewerbungen eingegangen. Der Magistrat hat sich darauf an den Direktor des Seminars in Bromberg mit der Bitte gewandt, geeignete Kandidaten in Vorschlag bringen zu wollen. Derselbe hat zwei Lehrer empfohlen, unter denen der Lehrer Gentz in Punitz nach den eingesandten Zeugnissen als der Befähigste erscheint, weshalb die Versammlung auf den Antrag des Magistrats die Berufung desselben beschließt. — Der Vorsitzende theilt ein Anschreiben der Direktion des Vereins zur Verbesserung der Pferdezucht in der Provinz Posen mit, worin dieselbe an die Kommunalbehörden das Gesuch richtet, auch für das diesjährige, am 1. und 2. Juli hier stattfindende Pferderennen einen Ehrenpreis Seitens der Stadt bewilligen zu wollen. Der Vorsitzende erklärt, daß er prinzipiell gegen die Unterstützung derartiger Unternehmungen sei, da er sich davon keinen Nutzen für die allgemeine Wohlfahrt versprechen könne und aus diesem Grunde in früheren Jahren stets gegen die Bewilligung eines solchen Preises gestimmt habe. In diesem Jahre stelle er aber selbst den Antrag auf Bewilligung der hierzu erforderlichen Summe, da es, falls das Gesuch abschläglich beschieden würde, leicht den Anschein gewinnen könne, als ob hierbei tendenziöse Motive gegen den Verein bestimmend gewesen seien, während er es als eine Pflicht der Versammlung betrachte, versöhnend zwischen die Parteien zu treten. Die Versammlung trat den Ansichten des Vorsitzenden bei und bewilligte, wie in früheren Jahren, 80 Thlr. zur Anschaffung eines silbernen Pokals. — In Betreff des Gartens hinter dem Theresienkloster beschließt die Versammlung, daß derselbe zur Benutzung für die Rekonvaleszenten der städtischen Krankenanstalten verbleiben soll, und stellt dem Magistrat anheim, über die sonstige Nutzbarmachung desselben das Weitere zu veranlassen. — Zur Renovirung und Dekorirung des großen Magistrats-Sitzungssaales bewilligt die Versammlung auf Antrag des Magistrats einen Kredit von 600 Thlrn. Bestimmte, von der Baukommission gemachte Vorschläge über die Ausführung lehnt die Versammlung als zur Kompetenz des Magistrats gehörend ab. — Bei den Gesuchen der Wittwe Slomowska um Ertheilung des Konsenses zur Fortführung des von ihrem verstorbenen Ehemanne betrie-

(Fortsetzung in der Beilage.)

benen Gewerbes als Kommissionär, des Oekonomen Wlazłowski und des früheren Restaurateurs Isidor Bernstein als Kommissionäre und des Schneidermeisters Aron Asch als Trödler wird Seitens der Versammlung Nützlichkeit und Bedürfniß anerkannt. Ein Gesuch der Wittwe Weber wird zur Erledigung dem Magistrat übergeben. — In das Kuratorium der Realschule werden auf Vorschlag des Vorsitzenden die bisherigen Mitglieder, die Stadtverordneten Cegielski, Dönniges und Sal. Jaffe, auf eine dreijährige Periode wiedergewählt. — Bei Tit. XII. Nr. 4 des Kommunalkassenetats wird die Mehrausgabe von 650 Thlrn. 9. Sgr. 3 Pf. vorbehaltlich späterer Rechnungslegung bewilligt. — In dem zur Verpachtung der Bociankawiese angesetzten zweiten Lizitationstermine ist abermals kein der Versammlung annehmbar erscheinendes Gebot erfolgt; die Versammlung beschließt deshalb, den Magistrat zu ersuchen, Ende April oder Anfang Mai einen nochmaligen Termin anzuberaumen. — Die Abtretung einer der Kommune gehörigen Mauer bei dem Theresienkloster für den Preis von 200 Thlrn. an den Dr. Cegielski, welcher dieselbe zu einem Bau auf seinem daranstoßenden Grundstücke benutzen will, wird unter der Bedingung genehmigt, daß der Kommune die Mitbenutzung der Mauer vorbehalten bleibt und der Besitzer sich verpflichtet, auf Verlangen jederzeit die in dem aufzuführenden Gebäude auf dieser Seite befindlichen Fenster zu kassiren. Diese Bedingungen sollen in das Hypothekenbuch eingetragen werden. — Mit der Feier des Geburtstages Sr. Maj. des Königs beabsichtigt der Magistrat, in diesem Jahre eine Illumination des Rathhauses zu verbinden und bewilligt die Versammlung den Seitens des Magistrats hierzu geforderten Kredit. — Anwesend waren die Stadtverordneten Tschuschke (Vorsitzender), B. H. Asch, R. Asch, Borchardt, Breslauer, Dahlke, Dönniges, Feckert, Garfey, Hebanowski, Hitze, L. Jaffe, Sal. Jaffe, Sam. Jaffe, v. Kaczkowski, Knorr, Lipschitz, Löwinsohn, Magnuszewicz, Mamroth, Matecki, Meyer, Schimmelpfenning, Schmidt und Walther. — Der Magistrat war vertreten durch die Stadträthe Au, v. Chlebowski, Kramarkiewicz, Müller, v. Rosenstiel, Samter und Stadtbaurath Wollenhaupt.

Strombericht.

Oborniker Brücke.

Am 20. März. Kahn Nr. 1758, Schiffer Peter Götze, von Magdeburg nach Posen mit Gütern.

Angekommene Fremde.

Vom 21. März.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Gutsb. v. Bronikowski aus Karsewo, Pächter v. Zakrzewski aus Cichowo, Fabrikbesitzer Bernhard aus Wien, die Kaufleute Freyhan aus Sagan, Rosenzweig aus Strzałkowo und Scheller aus Mühlheim.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Bona aus Nordhausen, Heinzel aus Friedrichwola, Hartung aus Berlin, Schuppig und Freistein aus Breslau.

HOTEL DU NORD. General a. D. May aus Berlin, Partikulier v. Steinborn aus Brody, Gutspächter Merdaszewski aus Boruszyn, Kaufmann Grunow aus Berlin und Rittergutsb. v. Wolniewicz aus Dembicz.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Kaufleute Scheibler aus Stettin, Diersch und Wilhelmsdorff aus Berlin, Frau Direktor Fuchs und Frau Kerber aus Breslau.

SCHWARZER ADLER. Frau Rittergutsb. v. Sulerzycka aus Chomiąże, die Rittergutsb. v. Prądzyński aus Biskupice und v. Garczyński aus Golątkowo.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Frau Gutsb. v. Chłapowska aus Bonikowo, die Gutsb. v. Saenger aus Polajewo, Hepner aus Jankowo und Riedler aus Polizano, Kr. Ger. Rath Heinz a. D. aus Chełmiczki, die Kaufleute Mahnke aus Stettin, Schwalm aus Frankfurt a. M., Lucas aus Krefeld, Hubertsberg aus Brüssel, Bock und Winkopp aus Breslau, Jaffe und Bodenstein aus Berlin.

HOTEL DE BERLIN. Domänenpächter Kinder nebst Frau aus Nochowo, Rittergutsb. Meißner aus Kiekrz, die Kaufleute Lansberg aus Haspe und Samter aus Berlin, Privatier Scheffler aus Tirschtiegel und Gutsb. v. Jaraczewski aus Głuchowo.

HOTEL DE PARIS. Kaufmann Wyszomirski aus Gollancz, Gutsbesitzer v. Czapski aus Chwałencin, Agronom Wawrowski aus Proskau, die Gutspächter Seredyński aus Myszki und Golski aus Czarne piątkowo.

BAZAR. Probst Kuźniak aus Gostyn, die Gutsb. v. Łubieński aus Kiączyn, v. Kierski aus Podstolice, v. Wierzbiński aus Stare, v. Chłapowski aus Turwia, v. Żółtowski aus Jarogniewice und v. Skrzydlewski aus Dzierząźno.

EICHBORN'S HOTEL. Kaufmann Cohn aus Miłosław und Gutsbesitzer Merkel aus Wąsosz.

PRIVAT-LOGIS. Gutsb. v. Mielęcki aus Sciborze, Königsstraße 18.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Wegen der Parade am 22. d. M. werden folgende Straßen von 11¼ bis 1 Uhr Mittags für Fuhrwerke und Reiter gesperrt:

1) Wilhelmsstraße in ihrer ganzen Länge auf beiden Seiten, mit Ausnahme der Strecke von der Neuenstraße bis St. Martin.
2) Wilhelmsplatz nebst den dortigen Fahrstraßen.
3) Die Uebergänge der Neuen- und Friedrichsstraße über die Allee.

Fuhrwerke, welche die Neuestraße passiren, fahren beim Hotel de France vorbei nach St. Martin.

Fuhrwerke, welche vom Berliner oder Königsthor kommen, fahren über St. Martin oder die Mühl- und Magazinstraße nach der Stadt und umgekehrt.

Die Gartenanlage auf dem Wilhelmsplatz darf nicht betreten, das Geländer der Allee nicht bestiegen werden. Diese Anlagen werden dem Schutze des Publikums empfohlen und Jeder ersucht, sich nach den etwaigen Weisungen der aufgestellten Posten zu richten.

Von dem Kavalier zwischen Wildafort und Berlinerthor werden um 6 Uhr früh 65, um 10 Uhr Vormittags 36 Kanonenschüsse abgefeuert. [illegible] Fenster zu öffnen, um Zerspringen der Scheiben zu verhüten.

Posen, den 21. März 1861.
Der Polizeipräsident **v. Baerensprung.**

Bekanntmachung wegen des Umzuges beim Quartalwechsel.

Da der 1. April d. J. auf den 2. Osterfeiertag fällt, so beginnt der Wohnungswechsel und der Umzug des Gesindes am 2. April c. und muß bis zum 3. April c. beendigt sein.

Gesindeordnung §. 42 und Gesetz vom 30. Juni 1834 (Ges. S. 1834, S. 124).

Posen, den 18. März 1861.
Königlicher Polizei-Präsident.



Kürzeste und billigste Eisenbahnroute für Personen und Güter nach und von Belgien, Frankreich und deren Seehäfen:

a) **Per Ruhrort von** und **nach Norddeutschland**, den nördlich und östlich angrenzenden Ländern: Rußland, Schweden, Dänemark 2c.

b) **Per Düsseldorf von** und **nach Mitteldeutschland**, Sachsen, Oestreich 2c.

Die **internationalen** und **Transitgüter** können von beiden Seiten auf **Aachen**, resp. **Düsseldorf** und **Ruhrort** durchgehen, an welchen Orten sich **Hauptzollämter** für die Zollabfertigung befinden. Bei **Ruhrort** erfolgt der **Rheintrajekt** der Güter in **Eisenbahnwaggons ohne Umladung** durch ein hydraulisches Hebewerk nach dem System von Armstrong, (das erste derartige auf dem Kontinente), mit **Leichtigkeit, Sicherheit** und **Schnelligkeit.**

Die **Frachtbriefe** sind ausdrücklich mit dem Vermerke **„via Ruhrort"** oder **„via Düsseldorf"** zu versehen.

Die zollamtliche Behandlung der Güter wird durch unsere Agenten: ***de Gruyter, Swalmius, von der Linden & Co.*** zu Ruhrort, ***W. Bauer*** zu Düsseldorf und ***Schiffers & Preyser*** zu **Aachen** gegen **feste** billige Vergütung besorgt. Diese Agenten sowohl, wie die Herren Kommerzienrath ***v. Essen*** zu **Altona**, ***Charles Petit & Co.*** zu **Lübeck** und ***Meyer H. Berliner*** zu **Stettin** und **Breslau** werden auf Erfordern die direkten Tarife verabfolgen, und ebenso wie die unterzeichnete Direktion jede wünschenswerthe Auskunft ertheilen.

Aachen, den 14. März 1861.
Königliche Direktion der Aachen-Düsseldorf-Ruhrorter Eisenbahn.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Bestimmungen des Provinzial-Reglements vom $\frac{\text{12. Mai}}{\text{12. Juni}}$ 1854 und resp. 18. April 1856 muß alljährlich die Aufnahme der, für den Fall einer Mobilmachung zum königlichen Dienste tauglichen Pferde erfolgen.

Die sämmtlichen Herren Pferdebesitzer hiesiger Stadt werden deshalb aufgefordert, ihre Pferde in termino

den 30. März d. J. Vormittags 8 Uhr

auf dem Kanonenplatze vorzuführen, woselbst die Revision durch eine gemischte Militär- und Zivilkommission bewirkt werden wird. Die Zuwiderhandelnden trifft nach §. 10 der Verordnung vom 24. Februar 1834 eine Geldbuße von 5 bis 50 Thlrn.

Posen, den 14. März 1861.
Der Magistrat.

Nothwendiger Verkauf.

Das dem **Albin v. Domański** gehörige Rittergut **Kozuszkowa-wola**, abgeschätzt auf 26,505 Thlr. 28 Sgr., zufolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in unserem Büreau III. A. einzusehenden Taxe, soll **am 31. Mai 1861 Vormittags 12 Uhr** an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Diejenigen Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns [illegible] Der dem Aufenthalte nach unbekannte Gläubiger, Gutspächter **Eduard v. Swinarski** aus **Kozuszkowa-wola** wird hiezu öffentlich vorgeladen.

Inowraclaw, den 22. Oktober 1860.
Königl. Kreisgericht I. Abtheilung.

Königl. Friedrich-Wilhelms-Gymnasium in Posen.

Zur Feier des Geburtsfestes Sr. Majestät des Königs Wilhelm Freitag den 22. März Vormittags **11** Uhr ladet im Namen des Lehrer-Collegiums ergebenst ein
Dr. Sommerbrodt.

Realschule zu Posen.

Der Allerhöchste Geburtstag Sr. Majestät des Königs wird am 22. März um 11½ Uhr in dem Saale der Realschule, Breslauerstraße Nr. 30, durch Gesang, Rede und Deklamationen öffentlich gefeiert werden.

Zur Theilnahme an der Feier ladet ehrerbietigst ein der Direktor ***Dr. Brennecke.***

Allen Eltern, welche ihren Kindern eine gesunde, kräftige Erziehung, verbunden mit einer gediegenen wissenschaftlichen Ausbildung geben wollen, sei die Anstalt des Herrn **Dr. Schwarzbach** in **Ostrowo** bei **Filehne**, Station an der Ostbahn, bestens empfohlen. Für Aufnahme kleinerer Knaben ist durch eine ausgezeichnete weibliche Aufsicht und Pflege vortrefflich gesorgt. Ich habe die Anstalt seit Jahren beobachtet und erprobt, bin oftmals persönlich anwesend gewesen und habe die Bekanntschaft mit den dortigen Lehrern gemacht.

Sendzin bei **Buk**, im März 1861.
Wandelt.

Eine Konditorei,

seit 8 Jahren bestehend, in der frequentesten Gegend der Stadt Groß-Glogau gelegen, elegant eingerichtet, ist Familienverhältnisse wegen unter sehr günstigen Bedingungen sofort zu verkaufen.

Reflektirende wollen sich persönlich oder in frankirten Briefen an Unterzeichneten wenden.
H. Natz, Konditor in **Krotoschin.**

Am 8. April d. J. Vormittags 11 Uhr findet der Termin zur Verpachtung der Vorwerke **Samoczyn** und **Laskowo** auf dem Dominio Margoninsdorf statt. Die Verpächterin, Frau **v. Schwichow**, behält sich den Zuschlag unter den drei Meistbietenden vor.

Dominium **Margoninsdorf** und **Samoczyn** bei Margonin.

Runkel, lange rothe,	100 Pfd.	15 Thlr.
dito Klumpers,	100 Pfd.	18 Thlr.
dito Pohl's Riesen-,	100 Pfd.	20 Thlr.
Möhren, weiße grünköpf.	à Pfd.	7½ Sgr.
Raygras, echt engl.		

A. Niessing in **Poln. Lissa.**

Peru-Guano

empfehlen als **zuverlässig echt** unter Garantie des höchsten Stickstoffgehalts und besorgen solchen von unserem **hiesigen** und unserem **Stettiner** Lager nach allen Richtungen.

N. Helfft & Co., Berlin, Unter den Linden 52.

Dominium Marcellino bei **Posen** hat gegen tausend Scheffel gute gesunde Kartoffeln zum Verkauf.

Rothe und weiße Kleesaat, Lupinen, Gelbklee, Thymothee, Rheygras, Luzerne, so wie alle anderen Sämereien empfehlen

N. Helfft & Co., Berlin, Unter den Linden 52.

1000 Scheffel.

Eintausend Scheffel gesunde rothe Kartoffeln sind zu verkaufen in **Żabikowo** per **Posen** bei ***Ernst Miehle.***

In ***Neudorf podgórne*** bei Miłosław stehen 150 gemästete Hammel zum Verkauf.
H. Nernst.

Französische Mühlsteine,

2 Paar gebraucht, und sowohl zur Weizen- als Roggenmüllerei zu benutzen, sind sehr billig zu kaufen in der Dampfmehlmühle Graben Nr. 2 in **Posen.**

Meinen geehrten Kunden, so wie überhaupt den resp. Wollproduzenten die ergebene Anzeige, daß ich in

Wollsack-Leinen und Drillichen

ein **wohlassortirtes großes Lager** bereits habe. Ich bitte in diesem Jahre mir **zeitiger** Aufträge zukommen zu lassen; denn bei dem **Mangel** an groben Garnen dürfte qu. Waare später **seltener** und **theurer** werden.

Für **beste** und **schwerste Waare** habe ich gesorgt und verspreche ich bei der promptesten Bedienung die billigsten Preise.

S. Kantorowicz, Markt 65.

Herren-Hüte, Mützen, Schlipse, Oberhemden 2c. empfiehlt billigst ***Isaac Plessner***, Breslauerstr. 2.

Pariser Galanterie-Waaren.

Das reichhaltige Lager besteht aus: Hemden- und Manschetten-Knöpfen, Achat-Armbändern und Broschen, Breloques, Beinbroschen, Armbändern der verschiedensten Art, Haarnadeln, Flacons, Aluminium-Broschen und Armbändern, Korallen-Bajaderen, Vorstecknadeln u. s. w.

Stand: vis-à-vis den Herren Gebr. Andersch.

Fensterbilder, mit den Porträts **unserer jetzt regierenden Majestäten**, auf Glas gemalt, habe erhalten und offerire solche mit ganz sauberen kouleurten Glaseinfassungen.

Auch sind selbige in der Schreibmaterialien-Handlung von ***C. W. Kohlschütter***, alten Markt Nr. 58, zu haben.

Oscar Kallmann, Glasermeister, Breitestr. 13 und Wilhelmsstr. 8.

Gute trockene Felgen, das Schock 3 Thlr. 20 Sgr., sowie trockene, starkgeschnittene Dachlatten, das Schock zu 1440 Fuß 6 Thlr. 15 Sgr., empfiehlt die Nutzholzhandlung von ***Wwe. B. Kantorowicz***, **Gerberstraße 48**, vis-à-vis **dem Hôtel zum schwarzen Adler**, und **Bernhardinerplatz und Thorstraßen-Ecke 4.**

Eau de Javelle, Bleich- und Fleckwasser,

empfiehlt in großen Originalflaschen à 3 Sgr.

die Farbenhandlung von ***Adolph Asch***, Schloßstr. 5.

200 Schock kieferne Stangen, zum Hopfenbau sich eignend, sind billig zu verkaufen bei ***F. H. Hartmann*** in **Wronke.**

Back- und Geléeformen in allen Dessins sind vorräthig in dem **Magazin für Küchen- und Hausgeräthschaften** von ***S. J. Auerbach***, Judenstraße.

Tricotti & Granzella aus Turin & Mailand

empfehlen sich zum gegenwärtigen Markt mit der größten Auswahl der neuesten und feinsten Bijouterie-Waaren, hauptsächlich in echten Korallen, Mosaik, Cameen, Achat, Monais-Egyptien, echt französischen Schmuckgegenständen in feinster Vergoldung und den elegantesten Façons.

Ebenso erlauben sich dieselben, das geehrte Publikum auf ihr wahrhaft großartiges Lager von

Imitations de Diamants

oder künstlichen Brillanten in echter Fassung aufmerksam zu machen, bestehend in allen nur erdenklichen Gegenständen. Da sie den hiesigen Markt noch nie mit einem so großen und reichhaltigen Lager bezogen, so gestattet ihnen die große Auswahl ihrer Artikel nicht, dieselben hier namentlich aufzuführen. Sie ersuchen daher das hochgeschätzte Publikum, sie mit einem zahlreichen Besuche beehren zu wollen, und glauben sie sich schmeicheln zu dürfen, daß Niemand ihr Lager unbefriedigt verlassen wird.

Unser Stand befindet sich geradeüber der **Gebr. Königsberger**schen Handlung, und bitten genau auf die Firma zu achten.

Mehrere Oxhoftgebinde von Wein und ein gebrauchtes gutes 24 Zoll langes Pumpenrohr zu verkaufen im ***Hôtel du Nord.***

Polir- und Schärfepulver

für alle schneidende Instrumente, namentlich Rasirmesser, à Dose 5 Sgr. bei ***C. W. Paulmann***, Wasserstraße 4.

Königs Wasch- und Badepulver

in Schachteln à 3 Sgr. Dieses billige, höchst angenehme Waschmittel, frei von scharfen Bestandtheilen, konservirt die Haut und macht dieselbe frisch und weiß. Zu haben bei ***C. W. Paulmann***, Wasserstraße 4.

Des K. Pr. Kreisphysikus Dr. Koch Kräuter-Bonbons



bewähren sich wie durch die zuverlässigsten Atteste festgestellt vermöge ihrer reichhaltigen Bestandtheile der vorzüglichst geeigneten **Kräuter- und Pflanzensäfte** bei **Husten, Heiserkeit, Rauheit im Halse, Verschleimung** 2c., indem sie in allen diesen Fällen **lindernd, reizstillend** und besonders **wohlthuend** einwirken: sie erfreuen sich daher einer immer steigenden rühmlichen Anerkennung und werden überall, wo sie einmal gebraucht worden, vor anderen ähnlichen Fabrikaten **bevorzugt.** — Dr. **Koch's** krystallisirte **Kräuterbonbons** werden in länglichen, mit **nebenstehendem Stempel** versehenen Original-Schachteln, à **5** und **10 Sgr.** nach wie vor stets **echt** verkauft

in **Posen** bei **J. Menzel,** Wilhelmsstraße, neben dem Postgebäude,

so wie auch in **Birnbaum: J. M. Strich, Bromberg: C. F. Beleites, Chodziesen: C. Breite, Fraustadt: Aug. Cleemann, Gnesen: J. B. Lange, Grätz: Rud. Mützel, Inowraclaw: H. Senator, Kempen: Gottschalk Fränkel, Kosten: B. Landsberg, Kowalewo: Franz Noetzel, Krotoschin: A. E. Stock, Lissa: Moritz Moll, Lobsens: L. P. Elkisch, Nakel: L. A. Kallmann, Neutomyśl: C. J. Dampmann, Ostrowo: Löbel Cohn, Pinne: Abrah. Lewin, Pleschen: Th. Musielewicz, Rawicz: J. P. Ollendorf, Rogasen: Baruch Becher, Samter: W. Krüger, Schmiegel: Wolff Cohn, Schneidemühl: Julius Briese, Schubin: C. L. Albrecht, Schwerin: Moritz Müller, Trzemeszno: Wolff Lachmann, Witkowo: R. A. Langiewicz, Wongrowitz: J. E. Ziemer, Wreschen: Const. Winzewski** und in **Wronke** bei **L. Krüger.**

Mit königl. sächsisch. Konzession.

Mottenpulver. Das zweckdienlichste und beste Mittel, um Pelzwerk, Kleider, Teppiche, wollene, gestrickte oder gewirkte Waaren, Meubles u. s. w. sicher gegen Motten zu schützen. Dieses neue, durch die vielfältigsten Versuche und unter den verschiedensten Umständen bei allen möglichen Stoffen als probat befundene Pulver empfiehlt in Büchsen à 5 Sgr.

C. W. Paulmann, Wasserstraße Nr. 4 in **Posen.**

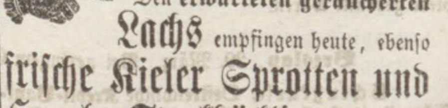
Glycerin ff. präparirt in Fl. à 5 Sgr., als neu und bewährt für spröde und aufgesprungene Haut, empfiehlt ***C. W. Paulmann***, Wasserstraße Nr. 4 in **Posen.**

Saucischen, verschiedene andere warme und kalte Wurstsorten, Stückfreten und Hackfleisch, wie auch saure und Pfeffergurken, Preißelbeeren, ein jedes in bekannter Güte, empfiehlt

בהכשר גמור על פסח

die Fleischwaarenfabrik des ***H. J. Elkan.***

Den erwarteten **geräucherten Lachs** empfingen heute, ebenso



frische Kieler Sprotten und Hamb. Speckbücklinge

W. F. Meyer & Co., Wilhelmsplatz Nr. 2.

Neue Raffinirmethode des rohen Rüböles ohne Anwendung irgend einer Säure zur Herstellung von Fabrik- und Lampenöl.

Das nach obiger Methode hergestellte, völlig säurefreie Fabrikat, welches weder picht noch oxydirt und fast geruchlos ist, ersetzt als **Fabriköl** überall in der Industrie vollständig das Baumöl. Als **Lampenöl** brennt es weit heller und sparsamer als mit Säure raffinirtes Rüböl und verpestet, weil säurefrei, weder die Zimmerluft, noch zerfrißt es die Lampen, dabei ist der Abgang **ein sehr geringer** und der Betrag für die Zuthat kaum **nennenswerth**. Wir offeriren den Herren Oelraffineuren, Oelverkäufern, Fabrikanten ꝛc. die betreffende Mittheilung gegen ein mäßiges Honorar, und ersuchen reelle Reflektanten, sich mündlich oder schriftlich (fr.) an uns zu wenden. **Leipzig**, im Februar 1861.

Das Büreau für Handel, Gewerbe und Landwirthschaft.

Der Blumen- und Obstgarten, Halbdorfstr. 8, ist sofort zu vermiethen.

Posen, den 18. März.

F. Schultz, Verwalter.

Eine möblirte, so wie eine unmöblirte Garçonwohnung sind vom 1. April cr. **Königsstraße Nr 2** zu vermiethen.

Zu vermiethen 1 möbl. Zimmer Breitestr. 8.

Große Gerberstraße 38 in der goldnen Kugel sind **Kanarienvögel** zu verkaufen.

Königsstraße 21 sind 2 elegant möbl. freundl. Zimmer zu verm. beim Wirth, 1 Treppe.

St. Lazarus 9 ist Pferdestall u. Remise zu verm.

Les familles qui désirent avoir des institutrices et Bonnes françaises ou Allemandes à quelconque temps que ce soit, sont priées de vouloir s'adresser à Mad. ***Angélique Bartel,*** 29 rue Kronen à Berlin.

Ein Geschäftsführer für ein Kommissions- und Speditionsgeschäft, ein Buchhalter für ein Produktengeschäft werden zum 1. April zu engagiren gewünscht. Gehalt 500 Thlr. und 800 Thlr.

L. Hutter, Kaufmann, **Berlin**.

Ein Hauslehrer, welcher im Stande ist, Knaben für die oberen Klassen eines Gymnasiums vorzubereiten, kann auf einem Gute in der Provinz eine Anstellung finden. Näheres auf frankirte Anfragen durch **Jacob Berwin** in **Polnisch Lissa**.

Ein beider Landessprachen mächtiger Wirthschaftsbeamter, welcher sich durch gute Zeugnisse auszuweisen vermag, findet vom 1. Juli d. J. auf dem Domänen-Amte **Duszník** ein Unterkommen.

Ein Hauslehrer bei zwei Knaben von 6 und 8 Jahren, der auch die Anfangsgründe im Klavier-Unterricht zu lehren vermag, findet sofort eine Stelle. Näheres im Dom. **Pawlowko** bei **Gollancz**.

Ein junger Mann, mit den nöthigen Schulkenntnissen versehen, findet in meinem Destillationsgeschäfte als Lehrling **bald** eine Stelle.

Heymann Hirschberg in **Gnesen**.

Ein **Lehrling** findet sofort Unterkommen beim Bäckermeister

Faden, Mühlenstraße 18.

Ein **Philologe**, gut musikalisch, sucht zum 1. April eine Hauslehrerstellung. Adr. erbittet man franco **Gr. Glogau** unter Chiffre ***M.* Nr. 100** poste restante.

Ein gebld. j. Mädchen aus anständiger Familie, welches schon früher eine Stelle als Gesellschafterin u. z. Unterstützung d. Hausfrau einnahm, dieselbe aber w. Verkaufs d. Gutes aufgeben mußte, sucht z. 1. April oder später eine ähnliche Stelle, entweder bei einer einzelnen Dame, oder zur Unterstützung d. Hausfrau; auch könnte dieselbe einem kleinen Hausstande selbst vorstehen und würde auch gern die Erziehung kleiner Kinder mit übernehmen. Ein gutes Zeugniß steht ihr zur Seite und liegt eine Abschrift davon in der Exped. d. Zeitung, woselbst auch gefällige Adressen unter ***F. B. 3*** entgegengenommen werden.

Zur Unterstützung der Hausfrau sucht ein anspruchloses, gesittetes junges Mädchen engagirt zu werden; dasselbe ist mit der Milchwirthschaft, Küche und Wäsche vertraut und versteht mit Kindern umzugehen.

Offerten werden unter der Adresse: Maurermeister **Köppel** in **Krotoschin** entgegengenommen.

In der Nacht vom 16. zum 17. d. M. sind mir mittelst Einbruchs diverse Galanterie- und Kurzwaaren aus meinem Geschäftslokale entwendet worden, darunter:

Kaffeekannen,
Armleuchter,
Spülnäpfe,
ein Fruchtkorb,
Flaschen- und Gläser-Untersätze } silberplattirt,

ferner: ein Dutzend feine Portemonnaies in Schildkröte, Elfenbein, Emaille, Bronce, Perlmutter, Sammet ꝛc., 2 Dtzd. feine lederne Portemonnaies, eine Anzahl von Armbändern und Kopfnadeln, erstere in Bronce, Perlen, Aventurine, Caméen, letztere in Bronze, schwarz emaillirt und mit falschen Steinen besetzt; Goldgürtel und Gürtelschnallen; engl. Taschen- und Rasirmesser, Schildkrötenkämme ꝛc. Außerdem noch andere Gegenstände, welche ich noch nicht namhaft machen kann. Wer mir zur Wiedererlangung der gestohlenen Waaren verhilft, erhält eine angemessene Belohnung. Der Entdecker des Diebes erhält die Summe von 10 Thalern. Vor Ankauf der Waaren wird gewarnt.

Jacob Mendelsohn.

Die **„Vacanzen-Liste“,**

(Zeitung für stellesuchende **Lehrer** aller Fächer, **Gouvernanten, Commis, Buchhalter** ꝛc., **Oekonomen, Forstbeamte, Wirthschafterinnen, Aerzte, Kameral- und Kommunal-Beamte, Apotheker, Chemiker, Techniker, Musiker, Lithographen, Werkführer** in allen Branchen ꝛc. ꝛc., überhaupt in **allen** höheren Berufszweigen,) erscheint jeden Dienstag Nachmittag, und weist ausschließlich und genau **alle** offenen Stellen nach, welche **ohne** Vermittelung von Kommissionären zu vergeben sind. — **Offene Stellen** bittet man dringendst, behufs kostenfreier Aufnahme mitzutheilen. — Das **Abonnement** bei **franco** Zusendung beträgt pro 1 Monat 1 Thlr., (für 3 Monate nur 2 Thlr.) vom Tage der Bestellung abgerechnet, in der Expedition: beim Buchhdlr. **A. Retemeyer** in Berlin, Kurstr. 50.

Fr. 22. III. F. u. T. I.

Verein junger Kaufleute.

Sonnabend den 23. März c. Abends **8 Uhr** findet die

Prüfung der Handlungs-Lehrlinge

statt. **Der Vorstand.**

Verein junger Kaufleute.

Sonnabend den 23. März c. Nachmittags **2 Uhr:** Vortrag des Herrn Oberprediger **Wenzel** über **Literatur**.

THALIA.

Eingetretener Hindernisse wegen kann die auf Donnerstag den 21. d. M. angekündigte musikalische Soirée nicht stattfinden.

Der Vorstand.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobungen. Löhme: Fräul. Marie Hehn mit Kammerger. Refer. P. S. v. Zastrow, Berlin: Frl. Joh. v. Bock mit Lieut. P. Fleischer zu Mühlhausen.

Verbindungen. Berlin: Frl. Adelheid Lehr mit Reg. Assessor P. Jonas, Dresden: verw. Oberstlieut. Behrendt, geb. Reyer, mit Frh. Fritz v. Aakerhjelm.

Geburten. Eine Tochter dem Hauptm. Moewes in Stettin, dem Pastor F. Kasten in Jassow, dem Posterped. Kulka in Suhrau und dem Bürgerm. Hoffmann in Neusalz.

Todesfälle. Herr E. G. v. Heynitz auf Heynitz, k. Geh. Regierungsrath a. D. und Ritter W. v. Woyrsch in Breslau, Frau A. E. Kittel in Schweidnitz.

Stadttheater.

Donnerstag: Erstes Gastspiel der königlich hannoverschen Hofschauspielerin

Frau Aug. v. Bärndorf,

Frauenkampf. Lustspiel in 3 Akten nach Scribe von Olfers. Vorher: **Die Schauspielerin.** Lustspiel in 1 Akt nach dem Französischen des Fournier von Friedrich.

Gräfin v. Autreval, Françoise Dumesnil, Schauspielerin } Frau A. v. Bärndorf.

Preise der Plätze: Loge u. Sperrsitz 25 Sgr. ꝛc.

Freibillets sind während des dreimaligen Gastspiels der Frau v. Bärndorf ungültig.

Freitag, zur Feier des Allerhöchsten Geburtsfestes Sr. Majestät des Königs Wilhelm I. von Preussen bei festlich beleuchtetem Hause: Jubel-Ouvertüre. — Fest-Prolog, gedichtet von Frau Dr. Kurs, gesprochen von Fräulein **Saenger**. Hierauf: Zweites Gastspiel der königlich hannoverschen Hofschauspielerin Frau **Aug. v. Bärndorf: Adrienne Lecouvreur.** Schauspiel in 5 Akten nach dem Französischen von Grans. Frau **v. Bärndorf** — die Titelrolle.

Sonnabend. Drittes Gastspiel der Frau v. Bärndorf: Das Glas Wasser, oder: **Ursachen und Wirkungen.** Lustspiel in 5 Akten von Scribe.

Bestellungen auf Billets zu dieser Vorstellung (Loge und Sperrsitz 25 Sgr.) werden bei Herrn **Caspary** (Mylius' Hôtel) entgegengenommen.

Die Direktion.

Circus Carré. Posen.

Heute

und folgende Tage **große Vorstellung in der höhern Reitkunst, Pferdedressur** und **Gymnastik.**

Einlaß 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Gesellschaftslokal.

Freitag den 22. März 1861 zur Feier des Allerhöchsten Geburtstages Sr. Majestät des Königs

großes Tanzkränzchen.

Peiser.

Vogt's Kaffeegarten.

Freitag den 22. d. zur Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Königs **großes Tanzkränzchen** und **Abendbrot,**

Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

Geschäfts-Versammlung vom 21. März 1861.

Fonds.	Br.	Gd.	bez.
Preuß. 3½ % Staats-Schuldsch.	—	87⅝	—
„ 4 „ Staats-Anleihe	—	—	—
„ 4½ „ „ „	101⅛	—	—
Neueste 5% Preußische Anleihe	106½	—	—
Preuß. 3½ % Prämien-Anl. 1855	—	117	—
Posener 4 % Pfandbriefe	—	101	—
„ 3½ „ „	—	94⅝	—
„ 4 „ neue „	—	90⅓	—
Schles. 3½ % Pfandbriefe	—	—	—
Westpr. 3½ „ „	—	—	—
Poln. 4 „ „	—	85½	—
Posener Rentenbriefe	—	92¾	—
„ 4 % Stadt-Oblig. II. Em.	—	90¾	—
„ 5 „ Prov. Obligat.	—	98	—
„ Provinzial-Bankaktien	—	—	—
Stargard-Posen. Eisenb. St. Akt.	—	—	—
Oberschl. Eisenb. St. Aktien Lit. A.	—	—	—
„ Prioritäts-Oblig. Lit. E.	—	—	—
Polnische Banknoten	—	86½	—
Ausländische Banknoten große Ap.	—	—	—

Roggen wenig verändert, gekündigt 50 Wsp., pr. März 43½ Rt. Br., Frühj. 43$\frac{1}{12}$—⅛—⅛ bz., Mai-Juni 43¼ bz., Juni-Juli 43⅞—44 bz.

Spiritus etwas höher, gekündigt 12,000 Quart, mit Faß pr. März 19⅞ Rt. bz., April 19⅞ bz., Mai-Juni-Juli 20¼—$\frac{7}{24}$—⅓ bz.

Wasserstand der Warthe:

Posen am 20. März Vorm. 8 Uhr 8 Fuß 9 Zoll.

Produkten-Börse.

Berlin, 20. März. Wind: West. Barometer: 27°. Thermometer: 5° +. Witterung: regnigt.

Weizen loko 74 a 85 Rt.

Roggen loko 46 a 48½ Rt., p. März und März-April 45½ a 46 Rt. bz., p. Frühjahr 45⅝ a 46¼ Rt. bz. und Br., 46 Gd., p. Mai-Juni 46¼ a 46¾ a 46½ Rt. bz., Br. und Gd., p. Juni-Juli 46¾ a 47¼ Rt. bz. und Br., 47 Gd., p. Juli-Aug. 47 a 47¼ Rt. bz.

Große Gerste 40 a 48 Rt.

Hafer loko 24 a 28 Rt., p. März und März-April 25 Rt. bz., Frühjahr 25 bz., p. Mai-Juni 25½ a 25⅝ Rt. bz., p. Juni-Juli 26 Rt. Br.

Rüböl loko 10⅔ Rt. Br., p. März und März-April 10⅔ Rt. Br., 10$\frac{7}{12}$ Gd., p. April-Mai 10$\frac{7}{12}$ a 10⅔ Rt. bz. u. Br., 10⅔ Gd., p. Mai-Juni 10⅔ a 10¾ Rt. bz., Br. u. Gd., p. Sept.-Okt. 11¼ a 11$\frac{7}{24}$ Rt. bz., 11⅓ Br., 11¼ Gd.

Spiritus loko ohne Faß 20½ Rt. bz., mit Faß p. März u. März-April 20¼ a 20½ Rt. bz., Br. und Gd., p. April-Mai 20¼ a 20$\frac{5}{12}$ Rt. bz., Br. und Gd., p. Mai-Juni 20⅓ a 20⅔ Rt. bz., Br. und Gd., p. Juni-Juli 20⅔ a 20⅞ Rt. bz. u. Gd., 20⅞ Br., p. Juli-Aug. 21 a 21$\frac{1}{12}$ Rt. bz. u. Gd., 21⅛ Br., p. Aug.-Sept. 21⅓ a 21$\frac{7}{24}$ Rt. bz., p. Sept.-Okt. 20 a 20½ Rt. bz.

Weizenmehl 0. 5¼ a 5½, 0. u. 1. 4¾ a 5¼ Rt. Roggenmehl 0. 3⅓ a 3⅔, 0. u. 1. 3$\frac{5}{12}$ a 3$\frac{7}{12}$ Rt. (B. u. H. Z.)

Stettin, 20. März. Wetter: regnigt. Wind: West. Temperatur + 5° R.

Weizen loko gelber p. 85pfd. nach Qualität 80—88 Rt. bz., 85pfd. gelber p. Frühj. 89½ Rt. bz., 83/85pfd. 85½ Rt. bz., 85½ Br., p. Mai-Juni do. 85½ Rt. Br., 85pfd. 90 Rt. Gd., 90½ Br., p. Juni-Juli do. 91½ Rt. Br.

Roggen loko p. 77pfd. 42½—¾ Rt. nach Qualität bez., eine Ladung 80pfd. 16 Loth schwimmend 43¾ Rt. bz., 77pfd. p. Frühj. 43¾, ¼, ¾ Rt. bz. und Gd., p. Mai-Juni 44¾ Rt. bz., 44½ Gd., p. Juni-Juli 45¼ Rt. bz. u. Gd., p. Juli-August 46 Rt. bz.

Gerste flau und ohne Kauflust.

Hafer p. Frühj. 47/50pfd. 27 Rt. Br.

Erbsen, kleine Koch- 47, 48—50 Rt. bz.

Heutiger Landmarkt:

Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
76—85.	42—46.	34—40.	19—25.

Erbsen 42—46.

Kartoffeln 19—22 Sgr.

Heu 19—22½ Sgr.

Stroh 6 Rt.

Rüböl loko 10⅔, ¾, ⅔ Rt. bz., mit Faß 11⅓ bz., p. April-Mai 10⅔, $\frac{7}{12}$, ½ Rt. bz. und Gd., p. Sept.-Okt. 11⅓, 11 Rt. bz.

Spiritus loko ohne Faß 20 Rt. bz., p. Frühj. 20⅓ Rt. Br., p. Mai-Juni 20⅓ Rt. bz., p. Juni-Juli 20$\frac{11}{12}$ Rt. Br., (gestern noch 20$\frac{11}{12}$ bz.), p. Juli-Aug. 21⅓, ⅜ Rt. bz., ⅓ Br., ¼ Gd., p. Aug.-Sept. 21⅓ Rt. bz. u. Br. (Ostſ. Ztg.)

Breslau, 20. März. Wetter: heiter, früh + 4°.

Weißer Weizen 80—85—90—95 Sgr., gelber 79—84—89—92 Sgr.

Roggen, 55—58—60—64 Sgr.

Gerste, gelbe 45—50 Sgr., weiße 52—56 Sgr.

Hafer, 29—30—33 Sgr.

Erbsen, 55—60—65 Sgr.

Oelsaaten ohne Handel.

Rother ord. Kleesamen 11—12 Rt., mittler 12½—13½ Rt., feiner 14—15 Rt., hochfeiner bis 16 Rt., weißer ord. 7—9 Rt., mittler 10—12½ Rt., feinmittler 13—15 Rt., feiner 16—18 Rt., hochfeiner bis 20½ Rt.

Thymothe 10—11—11½ Rt.

Kartoffel-Spiritus (pro 100 Quart zu 80 % Tralles) 19⅞ Rt. Gd.

[illegible] Roggen p. März und März-April 47½ Rt. Br., April-Mai 47¾—47½ bz. und Gd., Mai-Juni 48 Br., Juni-Juli 48¾ Br.

Rüböl loko 10½ Rt. Br., p. März u. März-April 10⅓ Br., April-Mai 10⅓ bz. und Br., Mai-Juni 10⅓ bz., Sept.-Okt. 11 bz. u. Br.

Spiritus loko 20 Rt. Gd., p. März, März-April und April-Mai 20 Br., Mai-Juni 20⅓ Br., Juni-Juli 20⅔ Br. (Br. Hdlsbl.)

Hopfen.

Newyork, 1. März. Hopfen bleibt in guter Konsumsfrage und bei reduzirtem Vorrathe sind Preise gut behauptet. Umsatz 500 B. zu 25—32 C. Ausgesuchte Waare ist knapp und nicht am Markte. In altem geschah d. W. Nichts. Ausfuhr d. W. 145 B. und seit 1. Jan. 3181 B. gegen 77 B. d. Z. v. J.

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, 20. März 1861.

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf	3½	74½ G
Aachen-Mastricht	4	21 bz
Amsterd. Rotterd.	4	80½ bz
Berg. Märk. Lt. A.	4	88½ bz
do. Lt. B.	4	— —
Berlin-Anhalt	4	116½ bz
Berlin-Hamburg	4	115 bz
Berl. Potsd. Magd.	4	143½-¼ bz
Berlin-Stettin	4	110¾ bz
Bresl. Schw. Freib.	4	95½-95 bz
Brieg-Neiße	4	52½ B
Cöln-Crefeld	4	— —
Cöln-Minden	3½	139-38½ bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	36½ B
do. Stamm-Pr.	4½	73 B
do. do.	4	80 bz
Löbau-Zittauer	5	— —
Ludwigshaf. Berb.	4	129½ G
Magdeb. Halberst.	4	215 G
Magdeb. Wittenb.	4	35¾-36½ bz
Mainz-Ludwigsh.	4	102½ bz
Mecklenburger	4	47¾-48-47½ bz
Münster-Hammer	4	94 G
Neustadt-Weißenb.	4½	— —
Niederschles. Märk.	4	95½ B
Niederschl. Zweigb.	4	— —
do. Stamm-Pr.	4	— —
Nordb., Fr. Wilh.	5	45-½ bz
Oberschl. Lt. A. u. C.	3½	124¼-½ bz
do. Litt. B.	3½	111½ bz
Oest. Franz. Staat.	5	127¾-⅛ bz
Oppeln-Tarnowitz	4	34½ B
Pr. Wlh. (Steel-V)	4	— —
Rheinische,	4	81½ bz
do. Stamm-Pr.	4	92 B
Rhein-Nahebahn	4	24½ bz
Ruhrort-Crefeld	3½	76 G
Stargard-Posen	3½	84½ B
Thüringer	4	104¾ G

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	116 G
Berl. Handels-Ges.	4	82½ bz
Braunschw. Bk. A.	4	68½ etw bz
Bremer do.	4	99 B
Coburg. Kredit-do.	4	41⅝ G
Danzig. Priv. Bk.	4	89½ B
Darmstädter abgst.	4	72 bz u G
do. Ber. Scheine	4	— —
do. Zettel-B. A.	4	95 G
Dessauer Kredit-do.	4	13¾-⅞ bz
Dessauer Landesbk.	4	19-19½ bz u B
Disk. Comm. Anth.	4	83¾ bz
Genfer Kred. Bk. A.	4	23¾-¼ bz
Geraer do.	4	69½ G
Gothaer Priv. do.	4	70½ B
Hannoversche do.	4	92 B
Königsb. Priv. do.	4	83½ bz
Leipzig. Kredit-do.	4	60¼ B
Luxemburger do.	4	84 B
Magdeb. Priv. do.	4	79½ B
Meining. Kred. do.	4	69½ etw bz
Moldau. Land. do.	4	— —
Norddeutsche do.	4	86½ bz
Oestr. Kredit- do.	5	54¼-⅜-½ bz
Pomm. Ritt. do.	4	70½ B
Posener Prov. Bank	4	83½ B
Preuß. Bank-Anth.	4½	123 bz
Rostocker Bank Akt.	4	104 B
Schles. Bank Verein	4	80½ B
Thüring. Bank-Akt.	4	55 bz
Vereinsbank, Hamb.	4	100 B
Waaren-Kred. Anth.	5	— —
Weimar. Bank-Akt.	4	73½ G

Industrie-Aktien.

Dessau. Kont. Gas-A	5	96 Kl bz u B
Berl. Eisenb. Fabr. A.	5	55 B
Hörder Hüttenv. Al.	5	68 G
Minerva, Bergw. A.	5	20 B
Neustädt. Hüttenv. A	5	3½ bz p. St.
Concordia	4	102½ G [fco. Zins.
Magdeb. Feuerversf. A	4	415 B

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	83 G
do. II. Em.	4	81¾ G
do. III. Em.	4½	87 G
Aachen-Mastricht	4½	66 G
do. II. Em.	5	62-62½ bz
Bergisch-Märkische	5	103 B
do. II. Ser.	5	102 B IV 101 bz
do. III. S. 3½ (R. S.)	3½	77¾ bz
do. Düsseld. Elberf.	4	— —
do. II. Em.	5	— —
do. III. S. (D. Soest)	4	84½ G
do. II. Ser.	4½	— —
Berlin-Anhalt	4	97½ G
do.	4½	101½ bz
Berlin-Hamburg	4½	103½ G
do. II. Em.	4½	102½ G
Berl. Pots. Mg. A.	4	94½ G B. 95½ G
do. Litt. C.	4½	100½ B
do. Litt. D.	4½	100½ B
Berlin-Stettin	4½	101½ G
do. II. Em.	4	88½ bz
do. III. Em.	4	87½ bz
Bresl. Schw. Freib.	4½	95½ G
Brieg-Neißer	4½	— —
Cöln-Crefeld	4½	— —
Cöln-Minden	4½	101 G
do. II. Em.	5	104 bz
Cöln-Minden	4	88¾ G
do. III. Em.	4	— —
do.	4½	94 bz
do. IV. Em.	4	84½ bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	— —
do. III. Em.	4½	85½ bz
Magdeb. Wittenb.	4½	93¾ bz
Niederschles. Märk.	4	95 bz
do. conv.	4	94 bz
do. conv. III. Ser.	4	90½ B
do. IV. Ser.	5	— —
Nordb., Fried. Wilh	4½	100½ G
Oberschles. Litt. A.	4	— —
do. Litt. B.	3½	80¾ G, C. —
do. Litt. D.	4	88¾ G
do. Litt. E.	3½	78 bz
do. Litt. F.	4½	95 B
Oestreich. Französ.	3	251 bz
Prinz-Wilh. I. Ser.	5	II. 99½ B
do. III. Ser.	5	99 bz
Rheinische Pr. Obl.	4	86½ bz
do. v. Staatgarant.	3½	— —
Rheinische Pr. Obl.	4½	89⅞ bz
Rh. Nhe-Pr. v. St. g	4½	95 bz
Ruhrort-Crefeld	4½	— —
do. II. Ser.	4	81 G
do. III. Ser.	4½	88 bz
Stargard-Posen	4	— —
do. II. Em.	4½	94½ G
do. III. Em.	4½	— —
Thüringer	4½	102 G II. 104¾ [G
do. III. Ser.	4½	— —
do. IV. Ser.	4½	100 G

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	101⅝ bz
Staats Anl. 1859	5	106½ bz
do.	4½	101⅝ bz
do. 1856	4½	101⅝ bz
do. 1853	4	97 B
N. Präm St A 1855	3½	117⅞ bz
Staats-Schuldsch.	3½	87⅝-⅜ bz
Kur- u Neum. Schldv	3½	86 bz
Berl. Stadt-Oblig.	4½	102 bz
do. do.	3½	83¾ bz
Berl. Börsenh. Obl.	5	103⅞ B
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	91 bz
do.	4	100¾ bz
Ostpreußische	3½	85½ B
do.	4	95 B
Pommersche	3½	89½ bz
do. neue	4½	98¾ B
Posensche	4	101½ bz
do.	3½	94½ bz
do. neue	4	90½ G
Schlesische	3½	89⅞ bz
B. Staat gar. B.	3½	— —
Westpreußische	3½	84 bz
do.	4	95 bz
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	97 bz
Pommersche	4	97½ B
Posensche	4	92⅞ bz
Preußische	4	97 bz
Rhein- u. Westf.	4	97 B
Sächsische	4	98 G
Schlesische	4	97 bz

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	43 bz
do. National-Anl.	5	51¼-⅛ bz
do. 250 fl. Präm. O.	4	56 G
do. neue 100 fl. Loose	—	52½ B
Russische: 5. Stieglitz-Anl.	5	88 B
6. do.	5	99 B
Englische Anl.	5	102½ B 4½ %
N. Russ. Egl. Anl.	3	60½ B [90½ G
Polnische: Poln. Schatz-O.	4	80 etw bz u B
Cert. A. 300 Fl.	5	93 B
do. B. 200 Fl.	—	23 G
Pfdbr. u. in SR.	4	85½ bz u B
Part. O. 500 Fl.	4	90¾ etw bz
Oestr. 5proz. Loose	5	54½ B
Hamb. Pr. 100 BM	—	93 B
Kurh. 40 Thlr. Loose	—	47¾ B
Neue Bad. 35 Fl. do.	—	30 B
Dessau. Präm. Anl.	3½	95½ B

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	113½ bz
Gold-Kronen	—	9. 5 B
Louisd'or	—	109⅝ bz
Sovereigns	—	6. 21½ bz
Napoleonsd'or	—	5. 9½ B
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	Imp. 456¾ bz
Dollars	—	1. 11¾ G
Silb. pr. Z. Pfd. f.	—	29. 21 G
K. Sächs. Kass. A.	—	99$\frac{11}{12}$ bz
Fremde Banknot.	—	99½ G
do. (einl. in Leipzig)	—	99⅝ bz u G
Fremde kleine	—	99½ G
Oestr. Banknoten	—	67⅞-¾ bz
Poln. Bankbillet	—	86⅝ bz

Wechsel-Kurse vom 19. März.

Amsterd. 250 fl. kurz	3	141⅝ bz
do. 2 M.	3	140¾ bz
Hamb. 300 Mk. kurz	2½	150½ bz
do. do. 2 M.	2½	149⅞ bz
London 1 Lstr. 3 M.	4	6. 19¼ bz
Paris 300 Fr. 2 M.	3	79½ bz
Wien öst. W. 8 T.	—	67½ bz
do. do. 2 M.	6	66⅞ bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	3	56. 22 bz
Frank. 100 fl. 2 M.	3	56. 22 bz
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	4	99⅞ bz
do. do. 2 M.	4	99$\frac{5}{12}$ G
Petersb. 100 R. 3 W.	4	95⅞ bz
Bremen 100 Tlr. 8 T.	3½	108¾ bz
Warschau 90 R. 8 T.	—	86⅞ bz
Bank-Disk. f. Wchs.	4	

In Eisenbahnaktien war die Bewegung der heutigen Börse eher steigend, während die meisten anderen Papiere gedrückt waren.

Breslau, 20. März. Bei geringem Geschäft stellten sich die Kurse meist niedriger.

Schlußkurse. Oestreichische Kredit-Bank-Aktien 54½ Gd. Schlesischer Bankverein 80½-80 bz. u. Gd. Breslau-Schweidnitz-Freiburger Aktien 96$\frac{1}{12}$ Br. dito Prior. Oblig. 87⅞ Gd. dito Prior. Oblig. 94⅞ Gd. Köln-Mindener Prior. —. Neisse-Brieger —. Oberschlesische Lit. A. und C. 123⅞ Gd. dito Lit. B. —. dito Prior. Oblig. 89½ Br. dito Prior. Oblig. Lit. F. 95½ Br. dito Prior. Oblig. Lit. E. 77$\frac{1}{12}$ Gd. Oppeln-Tarnowitzer 34⅞ Br. Rheinische —. Kosel-Oderberger 37½ Br. dito Prior. Oblig. —. dito Prior. Oblig. —. dito Stamm-Prior.-Obl. —.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Paris, Mittwoch, 20. März, Nachmittags 3 Uhr. Die 3% begann bei sehr stillem Geschäft zu 68, 15, fiel auf 68, 10 und schloß unbelebt zur Notiz. Konsols von Mittags 12 Uhr waren 92½ eingetroffen.

Schlußkurse. 3% Rente 68, 20. 4½% Rente 95, 70. 3% Spanier 47⅞. 1% Spanier 41⅞. Oestr. Staats-Eisenb. Akt. 483. Oestr. Kreditaktien —. Credit mobilier Akt. 661. Lomb. Eisenb. Akt. —.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Schladebach in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.